

178 Seiten (mit Anlage) /

LANDESB NOMINATIONSSTELLE 11. WAHLPERIODE
VORLAGE
11/31
A14 A5

Gesamtüberblick
über
den Personalhaushalt
im Einzelplan 04 (Justizministerium)

Haushaltsentwurf 1992

Rechtsausschuß

und

Haushalts- und Finanzausschuß

Gesamtüberblick
über
den Personalhaushalt
im Einzelplan 04 (Justizministerium)

Haushaltsentwurf 1992

Rechtsausschuß

und

Haushalts- und Finanzausschuß

I n h a l t

	Seite
A. Allgemeines	1
B. Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen	2
I. Einzelplan 04 (Justiz) insgesamt	3
II. Ministerium (Kapitel 04 010)	4 - 5
III. Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040)	6 - 32
IV. Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 04 050)	33 - 47
V. Aus- und Fortbildungseinrichtungen (Kapitel 04 060)	48 - 57
VI. Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 070)	58 - 67
VII. Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster (Kapitel 04 080)	68 - 76
C. Schlüsselung der Planstellen	77 - 89

A. Allgemeines

Der Entwurf des Landeshaushalts 1992 wird entscheidend durch die finanzpolitischen Herausforderungen der Deutschen Einheit geprägt. Notwendigerweise muß auch der Justizhaushalt den sich daraus ergebenden gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen.

Der verbleibende sehr geringe Gestaltungsraum für den Personalhaushalt der Justiz ist deshalb ausschließlich auf besondere Schwerpunkte konzentriert, nämlich:

- die Fortsetzung und Intensivierung der Hilfen zum Aufbau von Rechtspflege und Verwaltung in den neuen Ländern, wobei sich die Hilfeleistungen weiterhin vorrangig auf das Partnerland Brandenburg und in Fortführung der vor Konstituierung der neuen Länder eingeleiteten Unterstützung auf den Bezirk Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern erstrecken,
- die Beschleunigung der Asylverfahren,
- den Abbau der Rückstände in der Finanzgerichtsbarkeit und
- die Förderung der ADV-Verfahren in der Justiz.

Die Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen im einzelnen ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Abschn. B).

B. Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen

I. Einzelplan 04 (Justiz) insgesamt

Die Veränderungen stellen sich in der Gesamtübersicht für den Einzelplan der Justiz wie folgt dar:

Stellenübersicht (Personalsoll)

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1992	1991	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	5.648	4.767	11.333	1.504	23.252	23.199	+ 53
Beamtete							
Hilfskräfte	185	211	462	30	888	915	- 27
Angestellte	28	174	7.690	245	8.137	8.130	+ 7
Arbeiter	—	—	—	650	650	688	- 38
<hr/>							
Titelgruppen:							
Planmäßige							
Beamte	156	92	5	—	253	256	- 3
Beamtete							
Hilfskräfte	27	—	—	—	27	27	—
Angestellte	—	—	204	—	204	200	+ 4
Arbeiter	—	—	—	13	13	7	+ 6
<hr/>							
insgesamt	6.044	5.244	19.694	2.442	33.424	33.422	+ 2
<hr/>							
Beamte im							
Vorbereitungs-							
tungsdienst	6.400	655	1.515	10	8.580	8.229	+ 351
<hr/>							
Auszubildende	—	—	—	—	2.518	2.518	—
<hr/>							

Die Stellenbewegungen in den einzelnen Kapiteln ergeben sich aus den folgenden Abschnitten II. bis VII. und werden jeweils dort erläutert.

II.

Ministerium

(Kapitel 04 010)

Stellenübersicht

	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	insgesamt		+/-
	Dienst	Dienst	Dienst	Dienst	1992	1991	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	74	36	22	17	149	149	—
Beamtete							
Hilfskräfte	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	1	7	52	—	60	58	+ 2
Arbeiter	—	—	—	5	5	5	—
<hr/>							
Zwischensumme	75	43	74	22	214	212	+ 2
<hr/>							
Titelgruppen:							
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	2	—	—	—	2	2	—
Angestellte	—	—	—	—	—	—	—
Arbeiter	—	—	—	—	—	—	—
<hr/>							
insgesamt	77	43	74	22	216	214	+ 2
<hr/>							
Beamte im							
Vorbereitungs-							
tungsdienst	—	—	—	—	—	—	—
<hr/>							
Auszubildende					—	—	—
<hr/>							

1. Umsetzungen

+ 2 Stellen für Angestellte des ADV-Dienstes (VergGr. IV b/V b
BAT) - Dienstart 06 -

umgesetzt aus dem Einzelplan des Innenministeriums (Kapitel
03 610 Titel 425 70)

Mit dem Haushalt 1992 werden alle Systemverwalter-Stellen des
Schwerpunktprogrammes "Informations- und Kommunikationstechnik in
den obersten Landesbehörden" vom Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik auf die Ressorts verlagert. Die Justiz erhält die
vorbezeichneten Stellen.

Den Systemverwaltern obliegt die Betreuung der hauseigenen ADV-
Anlage des Justizministeriums, die Betreuung der derzeit 75 An-
wender nebst Peripheriegeräten und die Programmierung.

III.

Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

(Kapitel 04 040)

Stellenübersicht

	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	insgesamt		+/-
	Dienst	Dienst	Dienst	Dienst	1992	1991	
Planmäßige							
Beamte	4.598	4.039	5.374	1.454	15.465	15.431	+ 34
Beamtete							
Hilfskräfte	153	189	144	30	516	535	- 19
Angestellte	1	84	6.303	182	6.570	6.584	- 14
Arbeiter	—	—	—	511	511	549	- 38
Zwischensumme	4.752	4.312	11.821	2.177	23.062	23.099	- 37
Titelgruppen:							
Planmäßige							
Beamte	136	85	—	—	221	228	- 7
Beamtete							
Hilfskräfte	10	—	—	—	10	10	—
Angestellte	—	—	200	—	200	200	—
Arbeiter	—	—	—	7	7	7	—
insgesamt	4.898	4.397	12.021	2.184	23.500	23.544	- 44
Beamte im							
Vorbereitungs-							
dienst	6.400	630	649	10	7.689	7.515	+ 174
Auszubildende	—	—	—	—	2.393	2.393	—

1. Umsetzungen

- 1 Planstelle Justizoberamtsrat (BesGr. A 13) umgesetzt nach Kapitel 04 050 (Justizvollzugseinrichtungen)
- + 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13) umgesetzt aus Kapitel 04 050 (Justizvollzugseinrichtungen),

um eine an der Größe der Gerichtsbezirke orientierte gleichwertige Ausstattung der Oberlandesgerichte mit Stellen des höheren Dienstes für Sachgebietsleiter zu erreichen.

- 1 Planstelle Justizoberinspektor (BesGr. A 10) umgesetzt nach Kapitel 04 060 (Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justizverwaltung)

Die Umsetzung dient der Verstärkung des Verwaltungsdienstes an der Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel, die wegen der steigenden Anwärterzahl unumgänglich ist. Derzeit verfügt der Verwaltungsdienst lediglich über eine Stelle des gehobenen Dienstes für den Geschäftsleiter.

- 1 beamtete Hilfsstelle Justizassistent z.A. (BesGr. A 5) umgesetzt nach Kapitel 04 080 (Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster)

zur Übernahme eines geprüften Laufbahnbewerbers.

Wegen der Umsetzung weiterer Stellen aus Titelgruppe 79 des Kapitels 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird auf die Begründung bei Kapitel 04 060 (Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justizverwaltung) - S. 49 f. - verwiesen.

2. Wirksamwerden von kw-Vermerken/Verlängerung von kw-Vermerken

- 4 Stellen für Angestellte (VergGr. VII/VIII BAT) - Vorzimmer- und Schreibdienst (DA 02) -

2.1

Im Haushalt 1991 wurden bei 25 Stellen Justizinspektor z.A. (BesGr. A 9) und 25 Stellen Justizassistent z.A. (BesGr. A 5) kw-Vermerke "31.12.1991" ausgebracht. Die kw-Vermerke werden im Haushalt 1992 auf 40 Stellen für Angestellte (VergGr. VII/VIII BAT) - Vorzimmer- und Schreibdienst (DA 02) - und 10 Stellen für Arbeiter (LGr. II MTL II) - Reinigungsdienst (DA 06)-verlagert. 4 der insgesamt 40 Stellen für Angestellte werden in Realisierung des kw-Vermerks bereits mit dem Haushalt 1992 in Abgang gestellt.

Bei den verbleibenden 46 Stellen wird der kw-Vermerk um ein Jahr verlängert. Dies entspricht der Sachbehandlung in der gesamten Landesverwaltung, wonach alle kw-Vermerke der Stellenzugänge 1990 auf den 31.12.1992 verlängert werden.

2.2

Bei Titel 422 79 (Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland) sind bisher 6 Stellen Richter auf Probe (BesGr. R 1) mit kw-Vermerken "31.12.1991" und 4 Stellen Richter auf Probe (BesGr. R 1) mit kw-Vermerken "31.12.1992" versehen. Diese kw-Vermerke werden bis zum 31.12.1993 verlängert und damit den kw-Vermerken bei den übrigen Stellen der Titelgruppe 79 angepaßt.

Der Aufbau von Rechtspflege und Verwaltung in den neuen Ländern macht es erforderlich, alle Stellen, die der personellen Hilfe dienen, mindestens noch bis Ende 1993 bereitzustellen.

3. Neue Stellen

3.1 Steigerung der Ausbildung im gehobenen Justizdienst

- + 2 Planstellen Richter am Amtsgericht/Landgericht (BesGr. R 1)
- ohne Besoldungsaufwand -

Im Haushaltsjahr 1992 sollen 250 (1991: 150) Rechtspflegeranwärter in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

Diesem Ausbildungszuwachs ist der Stellenplan der Fachhochschule für Rechtspflege NRW durch Einrichtung von Abordnungsstellen (wegen der Einzelheiten vgl. Abschn. V. - Kap. 04 060 S. 49 -) ebenso anzupassen wie der Stellenbestand im abordnenden Kapitel zur Sicherstellung der notwendigen Wiederbesetzung der durch die Abordnungen freiwerdenden Planstellen.

3.2 Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

Im Auftrag der Landesregierung hat das Justizministerium eine Verwaltungsvereinbarung mit der Regierung des Landes Brandenburg über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtspflege abgeschlossen. Diese Vereinbarung sieht u.a. vor, daß die nordrhein-westfälische Justiz für die Dauer von zunächst vier Jahren die fachtheoretische Ausbildung der Anwärter aller gehobenen und mittleren Dienste aus Brandenburg übernimmt und sie in die fachtheoretischen Ausbildungsgänge für den eigenen Nachwuchs an den Justizschulen in NRW integriert. Dadurch entsteht dort ein beachtlicher Personalmehrbedarf an Dozenten, aber auch an Kräften in der Verwaltung und in den Wirtschaftsbetrieben der Ausbildungsstätten.

Der Entwurf des Haushalts 1992 sieht deshalb zur Verstärkung des Lehrkörpers bei der Justizausbildungsstätte Brakel den Zugang von

+ 3 Planstellen Justizamtmann (BesGr. A 11) - ohne Besoldungsaufwand - kw 31.12.1993

in der Titelgruppe 79 vor.

Die zusätzlichen Lehrkräfte werden zur Ausbildung der Anwärter des mittleren Justizdienstes aus Brandenburg benötigt.

3.3 Förderung der ADV-Verfahren in der Justiz

+ 1 Stelle für Angestellte (VergGr. IV a/IV b BAT) des ADV-Dienstes - Dienstart 06 -

Um den durch die Entwicklung der verschiedenen ADV-Verfahren in der Justiz erstrebten Rationalisierungsgewinn baldmöglichst realisieren und damit die bereits in der Vergangenheit getätigten hohen Investitionen für die Justiz nutzbar machen zu können, sollen die einzelnen ADV-Verfahrenslösungen möglichst kurzfristig landesweit in der Praxis eingeführt werden. Dies bedingt die Bereitstellung zusätzlichen Personals.

Die Einführung der einzelnen Verfahrenslösungen erfordert insbesondere umfangreiche organisatorische Maßnahmen sowie eine umfassende Schulung und Betreuung der einzelnen Anwender und Systemverwalter. Hinzu kommen Aufgaben im Bereich der Pflege und Optimierung der eingesetzten Programme. Nur dann, wenn auch in personeller Hinsicht die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser vielfältigen Aufgaben erfüllt sind, kann ein effizienter und auch aus der Sicht der Justizbediensteten sinnvoller Einsatz der einzelnen ADV-Verfahren sichergestellt werden.

3.4 Stellenzugang im übrigen

3.4.1 Umwandlung von beamteten Hilfsstellen in Planstellen

- + 4 Stellen Regierungsrat (BesGr. A 13) - Wirtschaftsreferent -
- + 28 Stellen Justizoberwachtmeister (BesGr. A 3)

gegen Wegfall von 32 beamteten Hilfsstellen zur Übernahme der Beamten nach Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen.

3.4.2 Umwandlung von Stellen des Justizwachtmeisterdienstes

- + 29 Stellen Justizwachtmeister z.A. (BesGr. A 3) gegen Wegfall von 28 Stellen für Arbeiter des Justizaushelferdienstes - Dienstart 03 - (LGr. VI/V MTL II) und 1 Stelle für Angestellte des Justizaushelfer- und Botendienstes - Dienstart 09 - (VergGr. IX a/IX b BAT).

Die Bediensteten erfüllen die Voraussetzungen zur Übernahme in die Beamtenlaufbahn.

4. Stellenwegfall

- 15 Stellen Justizinspektor z.A. (BesGr. A 9)

im Rahmen einer ressortinternen Umschichtung. Der Stellenwegfall ist in entsprechendem Umfang durch Reduzierung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für den gehobenen Justizdienst berücksichtigt.

- 3 Stellen für Angestellte des Büro-, Registratur- und Kassendienstes (VergGr. VI b/VII BAT) - Dienstart 01 -

Im Haushalt 1991 sind im Kapitel 04 080 (Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster) im richterlichen Dienst 3 neue Stellen Richter am Finanzgericht (BesGr. R 2) eingerichtet worden. Zum Ausgleich waren 3 Stellen für Angestellte (VergGr. VI b/VII BAT) im Einzelplan des Finanzministeriums (Epl. 12) in Abgang gestellt worden. Der Stellenzugang im Einzelplan 04 soll nunmehr ausgeglichen werden.

- 6 Stellen für Angestellte des Vorzimmer- und Schreibdienstes (VergGr. VII/VIII BAT) - Dienstart 02 -

im Rahmen einer ressortinternen Umschichtung.

5. Hebungen

+ 1 Planstelle Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (BesGr. R 3) aus

- 1 Planstelle Richter am Oberlandesgericht (BesGr. R 2)

+ 4 Planstellen Richter am Oberlandesgericht (BesGr. R 2) aus

- 4 Planstellen Richter am Landgericht/Amtsgericht (BesGr. R 1)

zur Bildung eines weiteren Senats beim OLG Düsseldorf.

Der Generalbundesanwalt hat mitgeteilt, daß er vor dem OLG Düsseldorf eine Vielzahl weiterer Anklagen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, Landesverrats und dgl. erheben wird, weil nach der Vereinigung Deutschlands eine Fülle einschlägiger strafrechtlicher Sachverhalte bekannt geworden ist.

Den damit verbundenen Anforderungen ist das OLG Düsseldorf personell nicht gewachsen, zumal die zuständigen erstinstanzlichen Strafsenate mit den z.Zt. laufenden Großverfahren noch auf nicht absehbare Zeit befaßt sein werden.

- + 1 Planstelle Oberstaatsanwalt (BesGr. R 2) aus
- 1 Planstelle Staatsanwalt (BesGr. R 1).

Nach Fußnote 6 zur BesGr. R 2 BBesO R soll auf je 5 Planstellen für Staatsanwälte eine Planstelle für einen Abteilungsleiter (Oberstaatsanwalt) ausgebracht werden. Diese Quote ist bei den Staatsanwaltschaften in NRW nicht ausgeschöpft. Für eine Staatsanwaltschaft wird daher eine Oberstaatsanwalt-Stelle gegen Wegfall einer Planstelle für einen Staatsanwalt gehoben.

6. Umwandlungen

- + 1 Planstelle Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (BesGr. R 3) - kw 31.12.1993 - umgewandelt aus einer Planstelle Leitender Oberstaatsanwalt (BesGr. R 3) - kw 31.12.1993 - (jeweils Titelgruppe 79)

Ein Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht ist zur Hilfeleistung an das Land Brandenburg abgeordnet worden. Aus gerichtsverfassungsrechtlichen Gründen ist es erforderlich, den Senat mit einem neuen Vorsitzenden zu besetzen, so daß die vorstehende Stellenumwandlung zwingend ist.

- + 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13) - Wirtschaftsreferent - umgewandelt aus einer Stelle Wirtschaftsreferent (VergGr. I b/II a BAT)

zur planmäßigen Anstellung eines Angestellten.

1 Planstelle Justizamtsrat (BesGr. A 12) umgewandelt aus einer Planstelle Regierungsamtsrat (BesGr. A 12)

1 Planstelle Regierungsamtmann (BesGr. A 11) aus einer Planstelle Justizamtmann (BesGr. A 11)

Beim Rechnungsamt des Oberlandesgerichts Köln scheidet ein Prüfer (Regierungsamtsrat), dessen Planstelle mit einem Justizamtsrat besetzt werden soll, aus. Sein Nachfolger ist ein Regierungsamtmann.

7. Höhergruppierungen/Verlagerungen

7.1 Angestellte

20 Stellen für Angestellte des Büro-, Registratur- und Kassendienstes - Dienstart 01 - (VergGr. VI b/VII BAT) verlagert aus dem Vorzimmer- und Schreibdienst - Dienstart 02 - und höhergruppiert aus VergGr. VII/VIII zur Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche

7.2 Arbeiter

2 Stellen für Arbeiter - Heizer und Hausmeisterdienst -
- Dienstart 01 - (LGr. VIII MTL II) verlagert aus dem Justizaushelferdienst - Dienstart 03 - und gehoben aus LGr. VI/V MTL II und

3 Stellen für Arbeiter - Heizer und Hausmeisterdienst -
- Dienstart 01 - (LGr. VII MTL II) verlagert aus Dienstart 03
- Justizaushelfer - und höhergruppiert aus LGr. VI/V MTL II,

- 2 Stellen für Arbeiter - Heizer und Hausmeisterdienst -
 - Dienstart 01 - (LGr. V MTL II) verlagert aus Dienstart 06
 - Reinigungsdienst - und höhergruppiert aus LGr. V/IV MTL II,

- 1 Stelle für Arbeiter - Reinigungsdienst -
 - Dienstart 06 - (LGr. VI MTL II) höhergruppiert aus LGr. V/IV MTL II,

- 5 Stellen für Arbeiter - Reinigungsdienst -
 - (DA 06) LGr. V MTL II höhergruppiert aus LGr. V/IV MTL II sowie

- 1 Stelle für Arbeiter - Reinigungsdienst -
 - (DA 06) LGr. II MTL II herabgestuft aus LGr. III MTL II.

Es handelt sich jeweils um die Umsetzung tarifrechtlicher Vorgaben.

HMV 1992, Richter, Kap. 04 040

RICHTER (KAP. 04 040)				Ist	davon		Angestellte	Arbeiter
AMtsbez./BesGr.		HM 1992	HM 1991	1.7.91+	unterw. bes. - m. Planbeamt.	beamtete Hilfskr.		
PräsOLG	R 8	3	3	3,00				
PräsLG	R 6	10	10	10,00				
PräsLG	R 5	4	4	4,00				
PräsAG		3	3	3,00				
VizepräsOLG	R 4	3	3	3,00				
PräsLG	R 4	5	5	5,00				
PräsAG	R 4	1	1	1,00				
VorsRi am OLG	R 3	110	109	108,00				
VizepräsLG	R 3	14	14	13,00				
VizepräsAG	R 3	3	3	3,00				
VizepräsLG	R 2 Z	5	5	5,00				
VorsRi am LG	R 2	433	433	424,50				
o.Bes.		2	2					
Richter a. OLG	R 2	324	321	325,00			6,00	
o.Bes.		17	17	4,00				
Professor		12	12	1,38				
VizepräsAG	R 2	1	1	1,00				
Richter am AG	R 2	127	127	117,00			1,00	
o.Bes.		1	1					
Direktor des AG (mit Amtszulage)		56	56	50,00				
Direktor des AG		53	53	55,00				
Direktor des AG	R 1	17	17	19,00				
(mit Amtszulage)								
Richter am AG/LG	R 1	2.299	2.303	2.286,00			159,75	
o.Bes.		17	15	12,00			2,00	
Professor		2	2	1,00				
Summe Planstellen		3.522	3.520	3.463,88			158,75	

STA92

HHV 1991, Staatsanwälte, Anl. 1

Staatsanwälte		Ist			davon		
Amtsbezeichnung	BesGr.	HH 1992	HH 1991-1.7.91	unterwert.	bes.m.Plan*	beamtete Hilfskräfte	Angest. Arbeiter
Generalstaatsanw	R 6	3,00	3,00	3,00			
Ltd. Oberstaatsanw	R 4	12,00	12,00	11,00			
Ltd. Oberstaatsanw	R 3	19,00	19,00	20,00			
Oberstaatsanwalt	R 2 AZ	23,00	23,00	23,00			
Oberstaatsanwalt	R 2	224,00	223,00	221,80			
o.Bes.		9,00	9,00	4,00			
LPVG		2,00	2,00	1,00			
Erster Staatsanw	R 1 AZ	8,00	8,00	8,00			1,00
o.Bes.							
Staatsanwalt	R 1	681,00	682,00	676,50			73,00
o.Bes.		3,00	3,00	3,00			
LPVG		1,00	1,00	1,00			
Summe Planstell.		985,00	985,00	974,30			74,00

HD1992

HHV 1991.höh.Verw.Dienst,04040

Kontingent sonstiger höherer Dienst					davon		
Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	HH 1992	HH 1991	Ist 1.7.91	unterwert. bes.m.Plan-beamten	beamtete Hi.kräfte	Angest. Arbeiter
Regierungsdirektor A 15		9	9	9			
Reg.-Dir. (Wirtsch.-ref.)		9	9	8			
Oberregierungsrat A 14		28	28	27			
Oberreg.-rat (Wirtsch.-ref.)		16	16	17		1	1
Regierungsrat A 13		12	11	11	1		
Reg.-rat (Wirtsch.-ref.)		17	12	11			
Summe		91	85	83	1	1	1
davon Verwaltung		49	48	47	1		
Wirtsch.-Referenten		42	37	36		1	1

GD1992

MHV 1992, gen. Dienst 04040, An11

gehobener Dienst Amtsbezeichnung	BesGr.	MH 1992	MH 1991	Ist 1.7.91-	davon		
					unterw. bes.-beamtete Planbeamt.	Hilfskräfte	Angestellte Arbeiter
Justizoberamtsrat A 13 Z		28	28	28,00		27,00	
Justizoberamtsrat A 13		115	116	115,25	10,50		11,00
LPVG		4	4	3,00			
o. Bes.		1	1				
Sozialoberamtsrat A 13		23	23	21,00			
Oberamtsanwalt A 13 Z		39	39	39,00	39,00		
Oberamtsanwalt A 13		158	158	151,00			
LPVG		1	1	1,00			
Justizamtsrat A 12		512	511	511,00	14,50		18,00
o. Bes.		2	2				
LPVG		2	2	2,00		1,00	
Sozialamtsrat		68	68	65,00		3,00	
Amtsanwalt		131	131	116,00			
Regierungsamtsrat		1	2	2,00	2,00		
Justizamtsmann A 11		1.136	1.137	1.131,75	11,25		14,50
o. Bes.				1,00			
LPVG		7	7	1,00			
Sozialamtsmann		170	170	168,00	8,00		2,00
Reg.-amtsmann		1					
Bibl.-amtsmann		2	2		1,50		
Justizoberinsp. A 10		823	824	819,05	9,00		47,50
o. Bes.		4	4	1,00			
LPVG		5	5	3,00			
Sozialoberinsp. A 10		200	200	200,00	10,00		6,50
Justizinspektor A 9		445	445	430,60		79,50	
o. Bes.		3	3	1,00			
LPVG		1	1				
Sozialinspektor		157	157	156,00		12,50	6,00
Summe Planstell.		4.039	4.041	3.966,65	136,75	185,00	12,50
dav. geh. JustizDi.		3.088	3.090	3.047,65	73,25	170,50	
o. Bes.		10	10	3,00			
LPVG		19	19	9,00	1,00		
dav. Anwälte		328	328	306,00	39,00		
LPVG		1	1	1,00			
dav. Sozialdienst		518	518	610,00	21,00	14,50	12,50
dav. Regier. Di.		2	2	2,00	2,00		
dav. Bibl. Dienst		2	2		1,50		

MD1992

MHE 1991, MiDr., Kap. 04040, Anl. 1

MITTLERER DIENST

Amtsbezeichnung	BesGr.	MH 1992	MH 1991	Ist 1.7.1991	davon			
					unterw. bes.	beamtete		
					m. Planbeamt.	Hilfskräfte	Angest.	Arbeits
Obergerichtsvollz.	A 9 AZ	192	192,00	189,00		11,00		
Justizamtsinsp.	A 9 AZ	353	353,00	349,00		15,00	3,00	
	LPVG	3	3,00	2,00		1,00		
Obergerichtsvollz.	A 9	451	451,00	448,00		12,00		
Justizamtsinsp.	A 9	828	828,00	823,53		58,00	11,50	
	LPVG	5	5,00	3,00		1,00		
Gerichtsvollzieh.	A 8	289	289,00	285,50			24,00	
Justizhauptsekr.		1.183	1.183,00	1.179,75		51,25	19,50	
	o. Bes.	1	1,00					
	LPVG							
JustVollstrHauptsekr.	A 8	29	29,00	29,00		29,00		
Justizobersekr.	A 7	1.268	1.268,00	1.266,00		54,25	22,75	1,75
	o. Bes.	1	1,00	1,00				
	LPVG							
JustVollstrOSekr		30	30,00	30,00				
Justizsekretär	A 6	473	473,00	470,50		69,50	19,00	2,00
	o. Bes.	1	1,00					
	LPVG							
JustVollstrSekr.		10	10,00	10,00		5,00		
Justizassistent	A 5	248	248,00	245,50			83,25	
	o. Bes.	1	1,00					
	LPVG	1	1,00					
JustVollstrAss.		6	6,00	6,00			3,00	
BibliotheksAss.		1	1,00	1,00			1,00	
Summe Planstellen		5.374	5.374,00	5.338,18		307,00	187,00	3,75
dav. Mittl. Justizdienst		4.366	4.366,00	4.340,68		250,00	159,00	3,75
	o. Bes.	4	4,00	1,00				
	LPVG	9	9,00	5,00		2,00		
dav. Gerichtsvollzieher		932	932,00	922,50		23,00	24,00	
dav. Justizvollstr.-dst		75	75,00	75,00		34,00	3,00	
dav. Bibliotheksdienst		1	1,00	1,00			1,00	

ED1992

MHE 1991, einf. Dienst, Kap. 0404

Planstellen einf. Dienst Amtsbezeichnung	BesGr. - 1992 -	Haushalt		Ist 1.7.91-	davon	
		1991	1.7.91-		unterw. bes. beamtete B. Planbeamt. Hilfskräfte - Angest.	Angest.
Erster JustizhauptwMstr. A 5 AZ	141	141	141,00	3		
Erster JustizhauptwMstr. -kw LPVG-	1	1	709,00	2	1	2,00
Justizhauptwachtmeister A 4	498	498	498,00	33	18	1,00
Justizoberwachtmeister A 3	100	72	67,00		17	7,00
Summe Planstellen	1.454	1.426	1.415,00	38	36	10,00
davon LPVG	1	1				

HIST92

HNE 1992 Anl. 2, beamt. HiKräfte

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)

Amtsbezeichnung	- 1992 - - 1991 -		Ist	davon	
			1.7.91	Angestellte	Arbeiter
Richter auf Probe	149	149,00	142,00		
davon ohne Besold.	2	2,00	1,00		
Regierungsrate z.A.	4	8,00	7,00		
Justizinspektor z.A.	108	123,00	123,00		
davon ohne Besold.					
Sozialinspektor z.A.	81	81,00	81,00	35,00	
Justizassistent z.A.	144	145,00	145,00		
Justizoberwachtm.z.A.	30	29,00	29,00		29,00
insgesamt	516	535,00	527,00	35,00	29,00
Stellen für abgeordnete Beamte					
A 13 JustizoARat	2	2,00	1,00		
A 12 Justizamtsrat	1	1,00			

Anl. 3, HHE 1992, Angestellte 040

Stellen für Angestellte Kap. 04 040 - Anlage 3 -	Haushaltsjahr 1992 - - 1991 -	Ist 1.7.91-	davon unterwertig besetzt mit Angestellten	davon besetzt mit Arbeitern
Büro-, Registratur- und Kassendienst				
VergGr. IV b/ V b	49	49,00	40,00	6,75
V b/ V c	85	85,00	75,00	8,65
V b/ V c LPVG	4	4,00	3,00	
V c	376	376,00	370,00	48,25
VI b	434	434,00	414,75	34,50
VI b LPVG	1	1,00	1,00	
VI b/ VII	1.397	1.380,00	1.356,00	6,00
VI b/ VII LPVG	5	5,00	5,00	
VII/VIII				
insgesamt B-Dienst	2.351	2.334,00	2.264,75	104,15
Wohnzimmer- u. Schreib-				
 nst				
VergGr. IVb/Vb				
V b/Vc	3	3,00	3,00	
V c			1,00	
VI b	122	122,00	119,25	
VI b/ VII	6	6,00	6,00	
VII/ VIII	3.810	3.840,00	3.824,00	
insgesamt K-Dienst	3.941	3.971,00	3.953,25	
Fernsprech- u. Fern-				
 schreibdienst				
VergGr. VI b	1	1,00	1,00	1,00
VII/ VIII	44	44,00	44,00	
insgesamt FSpr.-Dienst	45	45,00	45,00	1,00

Anl. 3. HNE 1992. Angestellte 040

Stellen für Angestellte Kap. 04 040 - Anlage 3	Haushaltsjahr 1992 - 1991 - 1.7.91-	Ist	davon unterwertig besetzt Mit Angestellten	davon besetzt mit Arbeitern
Wirtschaftsreferenten				
VergGr. I a	1	1,00	1,00	
- I b/II a		1,00		
Buchhalter				
VergGr. IV b/V b	30	30,00	28,00	
- V b/V c				
insgesamt Buchhalter	30	30,00	28,00	
Sozialarbeiter				
VergGr. IVa/IVb				
Sonstiger Dienst				
Kindergärtnerin VII/VIII	1	1,00	1,00	
ADV				
VergGr. III	1	1,00		
- IVa/IVb	3	2,00		
- IVb/Vb				
- VIb/VII				
- VII/VIII				
insgesamt ADV	4	3,00		
Maschinenmeister				
VergGr. III	1	1,00	1,00	1,00
VergGr. IV a				
- V c/VI b	10	10,00	10,00	
- VI b				
- VI b/VII				
insgesamt Masch.-mstr.	11	11,00	11,00	1,00
Justizaushelfer, Boten				
VergGr. VII/VIII				
- IXa/IXb	182	183,00	180,50	7,00
- IX b/X				68,50
insgesamt Aush., Boten	182	183,00	180,50	7,00
				68,50
Hausmeister				
VergGr. VII/VIII	3	3,00	3,00	
VergGr. VII	1	1,00	1,00	2,00
- IXa/IXb				
zusammen Angestellte	6.570	6.584,00	6.488,50	1,00
				114,15
davon kw LPVG	10	10,00	9,00	

HH92BH

HKE 1992 Bewährungshilfe

Stellen für Ange- stellte BewHilfe	HH	HH	Ist	davon	davon
- Anlage 3 -	- 1992 -	- 1991 -	- 1.7.1991 -	unterw. bes. m. Angest.	besetzt mit Arbeitern
Bürodienst:					
VergGr. VIb/VII	23,00	23,00	23,00		
Schreibdienst					
VergGr. VII/VIII	177,00	177,00	173,50	1,00	
Insgesamt	200,00	200,00	196,50	1,00	

Stellen für An- beiter i.d. BewH.	HH	HH	Ist
- Anlage 4 -	- 1992 -	- 1991 -	- 1.1.1991 -
Reinigungsdienst			
LGr. II MTL II	7,00	7,00	6,79

HME 1992.Arbeiter.Anlage 4

Übersicht Arbeiter (Anlage 4)		Haushaltsjahr		davon unter-	
Stellen nach MTL II		1992	1991	1st	wertig
Bezeichnung	Lohngruppe	1992	1991	1.7.1991	-besetzt
Heizer, Haus-	IX	3	3	2,00	
meister, Facharb.	VIII a	4	4	4,00	1,00
usw.	VIII	5	3	2,00	
	VII	7	4	5,00	
	VI	3	3	3,00	
	VI/V				
	V	2		1,00	
	V/IV				
	IV				
	III				
Drucker	VI	1	1		
Justizaushelfer	IX			1,00	
	VI/V	52	85	83,00	13,00
Boten	V				
	V/IV			10,00	
Fahrdienst	Pauschal	36	36	29,00	
LPVG	-	1	1		
Reinigungsdienst	VI	1		1,00	
	V	6	1	6,00	1,93
	V/IV	3	11	3,00	
	IV				
	III		1		
	II	387	396	391,94	1,00

Summe Arbeiterstellen		511	549	541,94	16,94

Kontingent Heizer, Hausmstr.		24	17	17,00	1,00
Drucker		1	1		
Justizaushelfer		52	85	84,00	13,00
Botendienst				10,00	
Fahrdienst		37	37	29,00	
Reinigungsdienst		397	409	401,94	2,94

an1591

Anlage 5 zum MHE 1992

Obersicht

Anlage 5 z.A.Stellen am 1.7.91 vorhandene z.A.-Beamte, deren Probezeit begann
 HHJ 1991 → HHJ 1991 → HHJ 1990 → HHJ 1989 → 1988 u. früh. → insges. →

Höh. Dienst
 ("Aufst.-beamte")

Höh. Dienst (Wirtsch.-ref.)	8,00	1,00	1,00	6,00		8,00
Richter	111,00	69,75	69,00	67,00	74,00	279,75
Staatsanwälte	38,00	32,00	36,00	24,00	13,00	106,00
geh. Just.-dienst dazu Aufst.-beamt	123,00	4,00	112,50	106,00	71,00	293,50
geh. Sozialdienst	81,00	8,00	28,00	19,50	5,00	60,50
Amtsanwälte						
Mittl. Dienst dazu Aufst.-beamt	145,00	76,00	142,00 1,00	75,00	10,00	303,00 1,00
Gerichtsvollz.		15,00	8,00	1,00		24,00
JustVollstrDi..			3,00			3,00
einf. Dienst	29,00	35,00		1,00		36,00
geh. Bibl.-Dienst						
Mitt. Bibl.-Dienst			1,00			1,00

Darstellung der Ist-Besetzung der Stellen der Titelgruppe 79
(Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder
der Bundesrepublik Deutschland)

Stellenplan Staatsanwälte	BesGr.	Haushalt 1992	Haushalt 1991	Istbesetzung 30.08.1991	davon besetzt mit beamteten Hilfskräften
Planstellen alle kw 31.12.1993					
Ltd. Obersta.anw.	R 3	—	1	1	—
Oberstaatsanwalt	R 2	15	15	8	8
Staatsanwalt	R 1	14	14	15	15
Summe Planstellen		30	30	24	24

Darstellung der Ist-Besetzung der Stellen der Titelgruppe 79
(Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder
der Bundesrepublik Deutschland)

gehobener Dienst	Amtsbezeichnung	BesGr.	Haushalt		Istbesetzung zum 01.09.1991	davon besetzt mit beamteten Hilfskräften
			1992	1991		
Planstellen						
kw 31.12.1993						
	SozialOARat	A 13	3	3		
	JustizOARat	A 13	49	52		
	JustizoARat o. Bes.	A 13	3	3		
	SozialARat	A 12	3	3		
	JustizARat	A 12	22	25		
	Justizamann	A 11	—	4		
	Justizamann o. Bes.	A 11	3	—		
	Justizoberinsp.	A 10	1	1		
	Justizoberinsp.	A 10	1	1		
	O. Bes.	A 10	1	1		
Summe Planstellen			85	92		
Stellen für beamtete Hilfskräfte						
	Sozialinsp. z.A.	A 9			6	
	Justizinsp. z.A.	A 9			6	
Summe beamtete Hilfskräfte					6	6

Darstellung der Ist-Besetzung der Stellen der Titelgruppe 79
(Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder
der Bundesrepublik Deutschland)

Stellenplan Staatsanwälte		BesGr.	Haushalt 1992	Haushalt 1991	Istbesetzung 01.09.1991	davon besetzt mit beamteten Hilfskräften
Planstellen						
kw 31.12.1993						
VorsRi am OLG	R 3		1			
VorsRi am IG	R 2		13		12	11
Richter am OLG	R 2		15		8,5	2
Richter am OLG o. Bes.	R 2		4		4	
Richter am AG	R 2		8		5	3
Richter am AG/IG	R 1		65		62	1
Richter am AG/IG	R 1		1			
O. Bes.						
Summe Planstellen			106	106	91,5	15
Stellen für beamtete Hilfskräfte						
Richter a. Probe	R 1		6			
- kw 31.12.1993 -						
Richter a. Probe	R 1		4		3	
- kw 31.12.1993 -						
Summe beamtete Hilfskräfte			10	10	3	
Kontingent			116	116	94,5	

IV.

Justizvollzugseinrichtungen

(Kapitel 04 050)

Stellenübersicht (Personalsoll)

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1992	1991	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	295	594	5.820	12	6.721	6.721	
Beamtete							
Hilfskräfte	19	19	314	—	352	358	- 6
Angestellte	23	69	799	12	903	897	+ 6
Arbeiter	—	—	—	58	58	58	
<hr/>							
Zwischensumme	337	682	6.933	82	8.034	8.034	
<hr/>							
Titelgruppen:							
Planmäßige							
Beamte	6	7	5	—	18	14	4
Beamtete							
Hilfskräfte	3	—	—	—	3	3	—
Angestellte	—	—	—	—	—	—	—
Arbeiter	—	—	—	—	—	—	—
<hr/>							
insgesamt	346	689	6.938	82	8.055	8.051	+ 4
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst	—	25	866	—	891	714	+ 177
<hr/>							
Auszubildende und Berufs- praktikanten	—	—	—	—	80	80	—
<hr/>							

1. Umsetzungen

- 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13) umgesetzt nach Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften)
 - + 1 Planstelle Regierungsoberamtsrat (BesGr. A 13) umgesetzt aus Kapitel 04 040 und umgewandelt aus einer Planstelle Justizoberamtsrat (BesGr. A 13)
- Wegen der Begründung vgl. Abschn. III. (Kapitel 04 040) Nr. 1 - S. 7 -

2. Wirksamwerden/Verlängerung von ku und kw-Vermerken

2.1 Planstellen

- 1 Planstelle Justizvollzugshauptsekretär (BesGr. A 8)
- kw/ (§ 42 LPVG) -

Der kw-Vermerk ist 1991 realisiert worden.

2.2 Hilfsstellen

a)

Im Haushaltsjahr 1990 sind 16 neue Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes der VergGr. VII/VIII BAT (nach dem Haushaltsplan 1991 ku 31.12.1992 in 6 Stellen der Verg.Gr. IX a/IX b BAT und 10 Stellen der Lohngruppe VI/V MTL II des Kapitels 04 040) als Ersatz für im sog. "Kurden-Prozeß" vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eingesetzte Beamten eingerichtet worden. Die Notwendigkeit der Amtshilfe besteht über den 31.12.1992 fort, da das Verfahren auch im Jahr 1993 noch andauern wird. Die ku-Vermerke sind daher bis zum 31.12.1993 zu verlängern.

b)

Bei Titel 422 79 (Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland) sind bisher 3 Hilfsstellen Regierungsrat z. A. (BesGr. A 13) mit kw-Vermerken 31.12.1992 versehen. Diese kw-Vermerke sind bis zum 31.12.1993 zu verlängern.

Wegen der Begründung vgl. Abschn. III. Nr. 2.2 - S. 8 -

3. Neue Stellen/Stellenwegfall

3.1 Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

- + 1 Planstelle Oberregierungsrat ohne Besoldungsaufwand
(BesGr. A 14)
- + 2 Planstellen Regierungsoberamtsrat ohne Besoldungsaufwand
(BesGr. A 13)
- + 1 Stelle Justizvollzugsamtsinspektor ohne Besoldungsaufwand
(BesGr. A 9)

- alle Planstellen kw 31.12.1993 und jeweils Titelgruppe 79 -

Wie in Abschn. III. (Kap. 04 040) unter Nr. 3.2 - S. 9/10 - bereits dargestellt, hat Nordrhein-Westfalen die fachtheoretische Ausbildung der Anwärter aller gehobenen und mittleren Dienste aus Brandenburg übernommen.

Bei der Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal werden aus diesem Grunde 1 Abordnungsstelle Regierungsoberamtsrat (BesGr. A 13) und 1 Abordnungsstelle Justizvollzugsamtsinspektor (BesGr. A 9) sowie bei der Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel im Fachbereich "Strafvollzug" 1 Abordnungsstelle Oberregierungsrat (BesGr. A 14) und 1 Abordnungsstelle Regierungsoberamtsrat (BesGr. A 13) - alle Planstellen kw 31.12.1993 - für zusätzliche Lehrkräfte an den genannten Ausbildungsstätten unverzichtbar benötigt.

Zur Wiederbesetzung der durch die Abordnung freiwerdenden Planstellen sind im Kapitel 04 050 entsprechende Planstellen ohne Besoldungsaufwand auszubringen.

3.2 Stellenzugang im übrigen

3.2.1 Planstellen

- + 1 Stelle Sozialinspektor (BesGr. A 9) umgewandelt aus
1 Hilfsstelle Sozialinspektor z. A.

Der Beamte erfüllt im Jahr 1992 die Voraussetzungen zur planmäßigen Anstellung.

3.2.2 Hilfsstellen

- + 1 Stelle für Angestellte des allgemeinen Vollzugsdienstes der
VergGr. VI b/VII BAT - kw (§ 42 LPVG) -

Die Stelle wird für einen zu 100 % freigestellten Vertrauensmann der Schwerbehinderten im Geschäftsbereich des Präsidenten des Justizvollzugsamtes Rheinland benötigt.

4. Hebungen

- + 1 Planstelle Sozialoberamtsrat (BesGr. A 13)
kw (§ 42 LPVG)
- 1 Planstelle Sozialamtsrat (BesGr. A 12) - kw (§ 42 LPVG) -

Der Bezirkspersonalratsvorsitzende beim Justizvollzugsamt Westfalen-Lippe erfüllt die Voraussetzungen zur Beförderung zum Sozialoberamtsrat.

5. Umwandlungen

- + 1 Hilfsstelle Regierungsrat z. A. (Psychologischer Dienst)
 - BesGr. A 13 - umgewandelt aus einer Hilfsstelle Regierungsrat z. A. (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)
 - BesGr. A 13 -

Die Umwandlung dient der Bereinigung der Stellenführung.

- + 23 Stellen Werkmeister z. A. (BesGr. A 6) umgewandelt aus 23 Stellen Justizvollzugssekretär z. A. (BesGr. A 6)

Im Haushalt 1990 ist die Zahl der Einstellungsermächtigungen des allgemeinen Vollzugsdienstes zugunsten des Werkdienstes reduziert worden. Da im gleichen Umfang die Zahl der Einstellungsermächtigungen^{en} des Werkdienstes angehoben worden ist, ergibt sich im Haushaltsjahr 1992 nach Beendigung der Ausbildungszeit zwangsläufig der vorstehende Umwandlungsbedarf zur Übernahme geprüfter Laufbahnbewerber des Werkdienstes.

- + 5 Stellen für Angestellte des sonstigen Dienstes (DA 07)
 - Ärzte - der VergGr. I b BAT umgewandelt aus 5 Stellen Regierungsmedizinalrat z. A. (BesGr. A 13)

Die praktische Erfahrung bei der Einstellung des ärztlichen Nachwuchses hat gezeigt, daß gegenwärtig nahezu alle Bewerber bereits eine mehr als 5-jährige ärztliche Tätigkeit vorzuweisen haben. Auf diese berufserfahrenen Kräfte kann die Justizverwaltung nicht verzichten. Die langjährige Berufserfahrung erfordert jedoch eine Eingruppierung dieser Kräfte in die VergGr. I b BAT (Fallgruppe 13). Da angestellte Ärzte dieser VergGr. nicht auf den vorhandenen Hilfsstellen Regierungsmedizinalrat z. A. geführt werden können, bedarf es der vorstehenden Stellenumwandlung.

6. Höhergruppierungen aufgrund tarifrechtlicher Ansprüche

- + 1 Stelle für Angestellte des sonstigen Dienstes (DA 07)
 - Krankenpflagedienst - KR VII höhergruppiert aus KR VI nach 5-jähriger Bewährungszeit (Fallgruppe 14)

- + 3 Stellen für Angestellte des sonstigen Dienstes (DA 07)
 - Krankenpflagedienst - KR VI höhergruppiert aus KR V a nach 6-jähriger Bewährungszeit (Fallgruppe 19)

- + 23 Stellen für Angestellte des sonstigen Dienstes (DA 07)
 - Krankenpflagedienst - KR V a höhergruppiert aus KR V nach 4-jähriger Bewährungszeit (Fallgruppe 7)

7. Sonstiges

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags hat bei der Beratung des Haushaltsentwurfs 1991 alle Ressorts gebeten, in den Erläuterungsbänden zum Haushalt 1992 die Kriterien für die A 16-Stellen mit Amtszulagen darzulegen. Dem wird nachfolgend entsprochen:

Der Haushaltsplan 1992 weist für den Epl 04 (Justiz) im Kapitel 04 050 vier Stellen Leitender Regierungsdirektor (BesGr. A 16 mit Amtszulage) für Beamte des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes aus. Nach Vorbemerkung Nr. 21 zu den Besoldungsordnungen A und B können u. a. Leiter von besonders großen und besonders bedeutenden unteren Verwaltungsbehörden in diese Zulagenstellen eingewiesen werden.

Zur Beurteilung der Kriterien "besonders groß" und "besonders bedeutend" ist für den Bereich der Justizvollzugsanstalten als Maßstab die Belegungsfähigkeit herangezogen worden. Danach sind die vier Zulagenstellen an die Leiter der vier Justizvollzugsanstalten mit höchster Belegungsfähigkeit und Personalstärke zugeteilt worden, nämlich an die

- JVA Werl (Belegungsfähigkeit: 1170 Gefangene)
- JVA Köln (Belegungsfähigkeit: 1145 Gefangene)
- JVA Bochum (Belegungsfähigkeit: 755 Gefangene)
- JVA Düsseldorf (Belegungsfähigkeit: 745 Gefangene).

Amtsbezeichnung Anlage 1	Planstellen		Ist - 1.7.91	davon		
	BesGr.	1992 → 1991		- unterwertig - besetzt mit Hilfs- Planbeamt.	beamt. Kräfte	Angest.
RegAmtsinspektor m. AZ	A 9 Z	17	17	16,0	1,0	
dav. kw § 42 LPVG		1	1	1,0		
JVollzAmtsinspektor AZ		310	310	305,0	197,0	
dav. kw § 42 LPVG		2	2	2,0		
Betriebsinspektor m. AZ		27	27	24,0		
RegAmtsinspektor	A 9	40	40	37,0	15,0	1,0
dav. kw § 42 LPVG		1	1			
JVollzAmtsinspektor		723	723	721,0	517,0	2,0
dav. kw § 42 LPVG		2	2	2,0		1,0
Betriebsinspektor		64	64	63,0	2,0	
RegHauptsekretär	A 8	84	84	78,0	11,0	
JVollzHauptsekretär		1.550	1.551	1.542,0	658,0	2,0
dav. kw § 42 LPVG		6	7	7,0	3,0	
Hauptwerkmeister		145	145	139,0		
RegSekretär	A 7	104	104	104,0	10,0	9,0
JVollzObersekretär		2.058	2.058	2.033,0	633,0	2,0
Oberwerkmeister		91	91	91,0		10,0
RegSekretär	A 6	40	40	39,0		2,0
JVollzSekretär		514	514	499,0	4,0	6,0
Werkmeister		36	36	36,0	4,0	
RegAss.	A 5	17	17	17,0		

mittlerer Dienst insg.		5.820	5.821	5.744,0	2.044,0	15,0

Erster JHWMeister m. AZ	A 5 Z	2	2	2,0		
Erster JHWMeister	A 5	5	5	4,0		2,0
JHWachtmeister	A 4	5	5	5,0		1,0

einfacher Dienst insge.		12	12	11,0		1,0

Planstellen insgesamt		6.721	6.721	6.619,0	2.078,0	52,0
						93,0
						4,0

Kapitel 04 050 Amtsbezeichnung Anlage 1	Planstellen			Ist -besetzt mit Planbeamt.	-unterwertig -besetzt mit Hilfs- Planbeamt.	davon			
	BesGr. 1992	1991	1.7.91			beamt. Kräfte	Angest.	Arbeiter /-innen	
Planstellen insgesamt	6.721	6.721	6.618,0		860,0	40,0	44,0	1,0	
Titelgruppe 79 Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland									
Ltd. RegDirektor - kw 31.12.1993 -	A 16	1	1						
RegDirektor - kw 31.12.1993 -	A 15	2	2						
ORegRat - kw 31.12.1993 - dav. ohne Bes.-aufwand	A 14	3	2	1,0			1,0		
RegOberamtsrat - kw 31.12.1993 - dav. ohne Bes.-aufwand	A 13	7	5						
RegAmtsinspektor m. AZ - kw 31.12.1993 -	A 9 AZ	2	2						
JVollzAmtsinspektor m. AZ - kw 31.12.1993 -		1	1						
RegAmtsinspektor - kw 31.12.1993 -	A 9	1	1						
JVollzAmtsinspektor - kw 31.12.1993 - dav. ohne Bes.-aufwand		1							
Planstellen insgesamt		18	14	1,0			1,0		

Kapitel 04 050 Übersicht ü.d. Arbeiterstellen

Lohngruppe MTL

	1992	1991	Ist 1.7.91	davon unterw. besetzt
IX	3	3	3	1
VIII a	6	6	6	1
VIII/VII	21	21	18	
VII/VI	3	3	3	
VI	14	14	13	
II	5	5	4	
Fahrer				
III	3	3	3	1
II	3	3	3	
insgesamt	58	58	53	6

MHE 1992, 04 050, Anl. 2

Kapitel 04 050 Übersicht über d. beamtet. Hilfskräfte

Antsbezeichnung BesGr. 1992 - 1991 - Ist 1.7.91 - >Angest. Arbeiter
Anlage 2

					davon	
					Angest. Arbeiter	
					/-innen	
RegRat z.A.	A 13	2	3	2	1	
RegRat z.A. (Psych)		12	11	11	8	
RegRat z.A. (Soz)		1	1			
RegMedRat z.A.			5	3	1	
Pfarrer z.A.		4	4	2		
RegInsp. z.A.	A 9	9	9	2		
SozInsp. z.A.		10	11	10	2	
JVollzSek. z.A.	A 6	285	308	163	144	
Werkmeister z.A.	A 6	24	1			
RegAss. z.A.	A 5	5	5	3		
insgesamt		352	358	196	156	

Abgeordn. Beamte

ORegRat	A 14	1	1	1	
RegAmtsrat	A 12	1	1	1	
RegAmtmann	A 11	1	1	1	
RegHSekretär	A 8	1	1	1	
insgesamt		4	4	4	

Titelgruppe 79
Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung
der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

RegRat z.A.	A 13	3	3		
- kw 31.12.1993 -					
insgesamt		3	3		

HFE 1992, 04 050, Anl. 3

Kapitel 04 050 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT

	1992	-1991	Ist → 1.7.91 →	davon unterwertig besetzt mit Angestell. Arbeitern /-innen	
Anlage 3					
I	6	5,0	4,0		
I a	5	5,0	5,0	4	
I b	5				
I b/II a	7	7,0	4,5	2	
III	3	3,0	2,0		
IV a/IV b	11	11,0	11,0		
IV b/V b	12	12,0	12,0		
V b	39	39,0	36,5	3	1
V b/V c	9	9,0	9,0		
V c	25	25,0	22,0	4	
dav. kw §42LPVG	1	1,0			
V c/VI b	4	4,0	3,0	1	
VI b	74	74,0	57,0		2
VIIb/VII	385	384,0	377,0	8	1
dav. kw §42LPVG	1				
dav. kw 31.12.95	80	80,0	80,0		
VII/VIII →)	224	224,0	215,5		
dav. ku 31.12.92		16,0			
dav. ku 31.12.93	16		16,0		
IX a/IX b	12	12,0	15,0		4
Kr. IX	1	1,0	1,0		
Kr. VII	3	2,0	2,0		
Kr. VI	19	17,0	17,0		
Kr. Va	42	22,0	22,0		
Kr. V	17	40,0	38,0	14	
Zusammen	903	897,0	855,5	37	8
Praktikanten	80	80	58,00		

→) 16 Stellen VergGr. VII/VIII BAT ku zum 31.12.1993 in
6 Stellen der VergGr. IXa/IXb BAT und 10 Stellen der
Lohngruppe VI/V MTL II in Kapitel 04040:

Anlage 5 zum MHE 1992 04 050

Übersicht: Über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A.
 Stellen - Neueinstellungen - an 1.7.91 vern. Beamte/-innen, die eingestellt worden sind
 Anlage 5 nach 1991 - MHE 1992 - MHE 1993 - MHE 1994 - MHE 1995 - 1996 u. frun. - insg.

Möb. Vollzugs-
 und Verwaltungsd.

Arzte

Geistliche

Psychol/Sozial.

son. päd. Dienst

gen. päd. Dienst

gen. Sozialdienst

gen. Vollzugs- u. Verw.-dienst dazu Aufstiegsb.	31.00	6.00	6.00		8.00	3.00	10.00	21.00
---	-------	------	------	--	------	------	-------	-------

mittl. VerwDienst: dazu Aufstiegsb.	42.00	9.00	10.00	14.00	20.00	4.00		38.00
--	-------	------	-------	-------	-------	------	--	-------

Verndienst	53.00	12.00	15.00	10.00	30.00	3.00	1.00	113.00
------------	-------	-------	-------	-------	-------	------	------	--------

allg. VollzDienst	588.00	335.00	220.00	220.00	204.00	125.00	1.00	550.00
-------------------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	------	--------

and. Dienst

Anlage 5 zum MHE 1392 04 050

Übersicht Anlage 5	Stellenzahl					insge.
	Beamt. i.A. am 1.7.1991 vorhandene Beamt. i.A. deren Probezeit begann					
	MHE 1991	MHE 1991	MHE 1990	MHE 1989	1988 u. früh.	
Bsh. Vollzugs- und Verwaltungsd.	3.00	1.00	4.00	2.00		7.00
Ärzte	5.00	1.00	3.00		2	6.00
Geistliche	4.00		1.00	2.00		3.00
Psychol./Sozial.	12.00	3.00	4.00	5.00	2	15.00
non. päd. Dienst						
in. päd. Dienst					1	1.00
gen. Sozialdienst	11.00	4.00	6.00		5	15.00
gen. Vollzugs- u. Verw.-dienst dazu Aufstiegsb.	9.00		3.00	2.00		5.00
Mittl. VerwDienst dazu Aufstiegsb.	5.00		4.00			4.00
VerkDienst	1.00	1.00	3.00			4.00
allg. VollzDienst	308.00		23.00	4.00	2	29.00
einf. Dienst						

Anlage 5 zum MHE 1992 04 050

Übersicht: Anlage 5	an 1.7.91		Planstellen-ang. Beamte Ruhestand voraussichtlich im Jahre						
	MHJ 1991	/-innen	MHJ 91	MHJ 92	MHJ 93	MHJ 94	MHJ 95	MHJ 96	MHJ 97
MHh. Vollzugs- und Verwaltungsd.	115.00	101.00		1.00	2.00				
Ärzte	39.00	16.00					1.00		
Geistliche	43.00	30.00					2.00	2.00	
Psychol/Sozial.	93.00	82.00			1.00		1.00		
hon. pad. Dienst	6.00	6.00							
gen. pad. Dienst	116.00	107.00		1.00	2.00			1.00	
gen. Sozialdienst	204.00	192.00					1.00		1.00
gen. Vollzugs- u. Verw.-dienst dazu Aufstiegsb.	272.00	260.00		1.00	1.00		1.00	2.00	3.00
Mittl. VerwDienst dazu Aufstiegsb.	302.00	278.00	2.00		2.00	4.00	4.00	6.00	3.00
Werkdienst	363.00	349.00	2.00	7.00	11.00	6.00	10.00	12.00	16.00
allg.VollzDienst	5.156.00	5.100.00	32.00	77.00	99.00	154.00	141.00	116.00	168.00
einf. Dienst	12.00	6.00							

V.

Aus- und Fortbildungseinrichtungen

(Kapitel 04 060)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1992	1991	
<hr/>							
Platzmäßige							
Beamte	22	20	12	6	60	59	+ 1
Beamtete							
Hilfskräfte	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	1	—	23	1	25	25	—
Arbeiter	—	—	—	49	49	49	—
<hr/>							
Titelgruppen:							
Angestellte	—	—	4	—	4	—	+ 4
Arbeiter	—	—	—	6	6	—	+ 6
<hr/>							
insgesamt	23	20	39	62	144	133	+ 11
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst	—	—	—	—	—	—	—
<hr/>							
Auszubildende					—	—	—
<hr/>							

1. Umsetzungen

1.1 Planstellen

- + 1 Planstelle Justizoberinspektor (BesGr. A 10) umgesetzt aus Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) zugunsten der Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel

Wegen der Begründung vgl. Abschn. III Nr. 1. - S. 7 -

Die Übernahme der fachtheoretischen Anwärterausbildung aller gehobenen und mittleren Justiz- und Vollzugsdienste aus Brandenburg erfordert - wie bereits dargelegt - für die Justizschulen des Landes NRW wegen der zusätzlichen Ausbildungsaufgaben neben den entsprechenden Hilfsstellen für abzuordnende Beamte und Richter (Dozenten) 10 weitere Stellen zur Betreuung und Versorgung der Anwärter sowie zur Reinigung der zusätzlichen Räumlichkeiten.

1.2 Stellen für Angestellte

- + 1 Stelle für Angestellte des Bürodienstes - Dienstart 01 -
(VergGr. VI b/VII BAT)
- + 2 Stellen für Angestellte des Schreibdienstes - Dienstart 02 -
(VergGr. VII/VIII BAT)
- + 1 Stelle für Angestellte des Küchen- und Wirtschaftsdienstes
_____ (VergGr. VII/VIII BAT)
- + 4 Stellen insgesamt - alle kw 31.12.1993 -

umgesetzt jeweils aus Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) - Titelgruppe 79 - und umgewandelt aus

- 3 Stellen Justizoberamtsrat (BesGr. A 13) - kw 31.12.1993 -
- 1 Stelle Justizamtsrat (BesGr. A 12) - kw 31.12.1993 -

1.3 Stellen für Arbeiter

- + 2 Stellen für Arbeiter des Küchendienstes - Dienstart 01 -
(LGr. V/IV MTL II)
- + 1 Stelle für Arbeiter des Hausmeisterdienstes - Dienstart 02 -
(LGr. V/IV MTL II)
- + 3 Stellen für Arbeiter des Reinigungsdienstes - Dienstart 03 -
_____ (LGr. II MTL II)
- + 6 Stellen insgesamt - alle kw 31.12.1993 -

umgesetzt jeweils aus Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) - Titelgruppe 79 - und umgewandelt aus

- 2 Stellen Justizamtsrat (BesGr. A 12) - kw 31.12.1993 -
- 4 Stellen Justizamtmann (BesGr. A 11) - kw 31.12.1993 -

2. Neue Stellen

- + 2 Stellen für abgeordnete Richter - Richter am Amtsgericht/
Landgericht - (BesGr. R 1)

Wegen der Begründung vgl. Abschn. III. Nr. 3.1 - S. 9 -

In der Titelgruppe 79:

- + 1 Stelle für abgeordnete Beamte
- Oberregierungsrat (BesGr. A 14) -
- + 2 Stellen für abgeordnete Beamte
- Regierungsoberamtsrat (BesGr. A 13) -

Wegen der Begründung vgl. Abschn. IV. Nr. 3.1 - S. 35 -

- + 3 Stellen für abgeordnete Beamte
- Justizamtmann (BesGr. A 11)

Wegen der Begründung vgl. Abschn. III. Nr. 3.2 - S. 9/10 -

HHV 1992, Kap. 04 060, Anl.1-4

Personalhaushalt 1992 Kapitel 04 060		Aus- und Fortbildungs- einrichtungen		davon		
		HH 1992	HH 1991	Ist 1.7.91-	unterw. besetzt Hilfskräfte	beamtete Angestellte
						m. Planb.
Direktor der FHS	B 3	1	1	1,0		
Professor	C 3	4	4	4,0		
Professor	C 2	4	4	4,0		2,0
Richter am AG/LG	R 1	1	1			
Ltd. RegDirektor	A 16	3	3	3,0		
Regierungsdirektor	A 15	2	2	2,0		1,0
Oberregierungsrat	A 14	3	3	3,0		
Regierungsrat	A 13	4	4	2,0		2,0
Zwischensumme höh. Di.		22	22	19,0		5,0
Justizoberamtsrat	A 13	10	10	12,0	1,0	
RegOberamtsrat		2	2	2,0		
Sozialoberamtsrat		1	1	1,0		
Oberlehrer		2	2	2,0		
Justizamtsrat	A 12	1	1	1,0		
Regierungsamtmann	A 11	1	1	2,0	1,0	
Justizamtmann	A 11	1	1			
Justizoberinspektor	A 10	1				
Regierungsoberinsp.	A 10					
Regierungsinspektor	A 9	1	1			
Zwischensumme geh. Di.		20	19	20,0	2,0	
RegAmtsinsp.	A 9 Amtsz.	1	1	1,0	1,0	
JustAmtsinsp.	A 9 Amtsz.	3	3	3,0	1,0	
JustAmtsinsp.	A 9	4	4	4,0	2,0	
RegAmtsinsp.	A 9	1	1	1,0		
JustHauptsekretär	A 8	2	2	2,0		
RegOberSekt.	A 7	1	1	1,0	1,0	
RegSekretär	A 6					
Zwischensumme m.D.		12	12	12,0	5,0	
Erster JHWMeister	A 5	3	3	3,0	1,0	
Justizhauptwachtm.	A 4	3	3	3,0	1,0	
Zwischensumme e.D.		6	6	6,0	2,0	
insgesamt Planstellen		60	59	57,0	9,0	5,0

HH 1992 HH 1991 Ist
1.7.91

abgeordnete Beamte		HH 1992	HH 1991	Ist
R 2	(aus Kap. 04 040)	5	6	5,0
R 1	(aus Kap. 04 040)	7	5	5,0
A 15	(aus Kap. 04 050)	2	2	1,0
A 14	(" " ")	2	2	1,0
A 13	(" " ")	3	3	1,0
A 13 g.D.	(aus 04 040)	1	1	1,0
	(aus 04 050)	2	2	2,0
A 12	(aus Kap. 04 040)	2	2	2,0
A 11	(" " 04 050)	2	2	4,0
A 10	(" " 04 040)	6	6	5,0
	(" " 04 050)	2	2	4,0
A 9	(" " 04 040)	5	5	4,0
A 9 m.D.	(aus 04 050)	7	7	27,0
A 8	(aus Kap. 04 050)	2	2	
A 4	(aus Kap. 04 040)			
zusammen abgeordn. Bea.		49	47	27,0
TITELGRUPPE 79				
R 2	(aus Kap 04040)	4	4	4
R 1	(aus Kap 04040)	1	1	1
A 14	(aus Kap 04050)	1		
A 13 (GD)	(aus Kap 04040)	3	3	3
A 13 (GD)	(aus Kap 04050)	2		
A 11	(aus Kap 04040)	3		
A 10	(aus Kap 04040)	1	1	1
A 9 (MD)	(aus Kap 04050)	1		
zusammen abgeord. Beamte		16	9	9

HHV 1992, Kap. 04 060, Anl. 1-4

Personalhaushalt 1992 Kapitel 04 060	Aus- und Fortbildungs- einrichtungen		davon Ist 1.7.91-	unterwertig besetzt mit Angestellten	- besetzt mit -Arbeitern
	HH 1992	HH 1991			
Stellen für Angestellte	-	-	-	-	-
→ VergGr. BAT	-	-	-	-	-
Historiker	-	-	-	-	-
VergGr. II a	1	1	1,0	-	-
Bürodienst	-	-	-	-	-
VergGr. VI b	3	3	3,0	-	-
Vorzimmer-u.Schreibdienst	-	-	-	-	-
VergGr. VI b	1	1	1,0	-	-
- VII/VIII	10	10	8,5	-	-
Fernsprechdienst	-	-	-	-	-
- VII/VIII	1	1	1,0	-	-
Maschinen-u.Hausmeister	-	-	-	-	-
VergGr. VI b/VII	3	3	3,0	-	-
- VII	1	1	1,0	-	-
- VIII	-	-	-	-	-
Küchen-u.Wirtschaftsdi.	-	-	-	-	-
VergGr. V c/VI b	2	2	2,0	-	-
- VII/VIII	1	1	1,0	-	-
- IX a/IX b	1	1	1,0	-	-
Bibliotheksdienst	-	-	-	-	-
VergGr. V c/VI b	1	1	1,0	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
Zusammen Angestellte	25	25	24,5		

HHV 1992, Kap. 04 060, Anl.1-4

Personalhaushalt 1992
Kapitel 04 060

Aus- und Fortbildungs-
einrichtungen

davon

HH 1992 HH 1991 Ist unterw.
1.7.91-besetzt

	HH 1992	HH 1991	Ist	unterw. 1.7.91-besetzt
Arbeiter (LGr.MTL II)				
Hausmeister, Handwerker				
LGr. VIII a	1	1	1,0	
VI/V	1	1	1,0	
V	1	1	1,0	
V/IV	5	5	5,0	
Küchendienst				
LGr. VII/VI	1	1	1,0	
V/IV	4	4	3,5	0,5
IV	2	2	2,0	
III	1	1	1,0	
II	4	4	3,5	
Wäschebeschließer				
LGr. V/IV	1	1	1,0	
Reinigungsdienst				
LGr. II	27	27	25,3	
Fahrdienst				
Pauschallohnguppe Fahrer	1	1		
zusammen Arbeiter	49	49	45,3	0,5

Übersicht über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A.	
Kap. 04 060	Stellen - Neueinstellungen am 1.7.91 vorhanden
Anlage 5	zahl 1991 * IIIJ 1992 * IIIJ 1991 * IIIJ 1990 * IIIJ 1989 * 1980 u. fröhh. * insg. *
Höherer Dienst)
BesGr. A 13 - B 3)
C 2 - C 3)
R 1)

Gehobener Dienst)
BesGr. A 9 - A 13) keine Anwärter-Ausbildung

Mittlerer Dienst)
BesGr. A 5 - A 9)

Einfacher Dienst)
BesGr. A. 3 - A 5)

Anlage 5 zum MHE 1992, K.04060

Übersicht über Be
Kap. 04 060 z.A.Stellen am 1.7.91 vorhandene z.A.-Beamte, deren Probezeit begann
Anlage 5 HHJ 1991 - HHJ 1991 - HHJ 1990 - HHJ 1989 - 1988 u. früh. - insges. -

Höherer Dienst

BesGr. A 13 - B 3
C 2 - C 3
R 1

2,00

2,00

Gehobener Dienst

BesGr. A 9 - A 13

Mittlerer Dienst

BesGr. A 5 - A 9

Einfacher Dienst

BesGr. A 3 - A 5

Anlage 6 zum IIIIE 1992, K. 04060

Übersicht über die		Planstellen- am 1.7.91			
Kap. 04 060	zahl 1991	ang. Beamte	IIIJ 91	IIIJ 92	IIIJ 93

Anlage 5					

Höherer Dienst					
DesGr. A 13 - B 3	22,00	14,00		IIIJ 94	IIIJ 95
C 2 - C 3				IIIJ 96	IIIJ 97
R 1					

Gehobener Dienst	19,00	20,00			1,00
DesGr. A 9 - A 13					

Mittlerer Dienst	12,00	12,00			1,00
DesGr. A 5 - A 9					

Einfacher Dienst	6,00	6,00			
DesGr. A 3 - A 5					

VI.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

(Kapitel 04 070)

Stellenübersicht (Personalsoll)

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1992	1991	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	473	40	65	12	590	578	+ 12
Beamtete							
Hilfskräfte	13	—	3	—	16	16	
Angestellte	2	10	418	39	469	461	+ 8
Arbeiter	—	—	—	25	25	25	
<hr/>							
Zwischensumme	488	50	486	76	1.100	1.080	+ 20
<hr/>							
Titelgruppen:							
Planmäßige							
Beamte	10	—	—	—	10	10	—
Beamtete							
Hilfskräfte	14	—	—	—	14	14	—
Angestellte	—	—	—	—	—	—	
Arbeiter	—	—	—	—	—	—	
<hr/>							
insgesamt	512	50	486	76	1.124	1.104	+ 20
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst							
<hr/>							
Auszubildende und Berufs- praktikanten							
	—	—	—	—	45	45	—
<hr/>							

1. Verlängerung von kw-Vermerken

Bei Titel 422 79 (Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland) sind die folgenden Stellen bisher mit kw-Vermerken 31.12.1991 bzw. 31.12.1992 versehen:

kw 31.12.1992:

- 1 Planstelle Ministerialrat (BesGr. B 2)
- 4 Planstellen Richter am Oberverwaltungsgericht (BesGr. B 2)

kw 31.12.1991:

- 1 Hilfsstelle Richter auf Probe (BesGr. R 1)
- 13 Hilfsstellen Richter auf Probe (BesGr. R 1)

Diese kw-Vermerke sind wegen der fortdauernden Notwendigkeit der Hilfeleistung bis 31.12.1993 zu verlängern.

2. Neue Stellen

2.1 Asylverfahren

- + 3 Planstellen Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 2)
 - + 9 Planstellen Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1)
 - + 2 Hilfsstellen für Angestellte des Büro-, Registratur- und Kassendienstes (DA 01) - VergGr. VI b BAT)
 - + 3 Hilfsstellen für Angestellte des Vorzimmer- und Schreibdienstes (DA 02) - VergGr. VII/VIII BAT -
- 18 Stellen insgesamt
im Wege ressortinterner Umschichtung.

Die bisher schon bestehende gesellschafts- und sozialpolitische Brisanz der Asylverfahren nimmt angesichts der Entwicklung in Osteuropa ständig weiter zu. Der Justiz kommt deshalb die Aufgabe zu, die gerichtlichen Asylverfahren zu beschleunigen.

Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen - das zu Beginn des Jahres 1991 in Kraft getretene Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts (mit seinen Änderungen des Asylverfahrensrechts) und die zum 01.07.1991 vorgenommene Dekonzentration der gerichtlichen Asylverfahren in NRW - führen zwar zu einer gewissen Entlastung, werden aber nicht ausreichen, die Bestände nachhaltig abzubauen. Am 30.06.1991 waren bei den Verwaltungsgerichten in NRW insgesamt 17.483 nichterledigte Asylverfahren anhängig. Legt man die durchschnittliche Erledigungsquote für erstinstanzliche Verwaltungsgerichtsverfahren eines nordrhein-westfälischen Verwaltungsrichters von 154,6 Fällen pro Jahr gegenüber 144 im Bundesdurchschnitt (Basis: Geschäftszahlen des Jahres 1989) zugrunde, wäre rechnerisch der Einsatz von 104 Richtern erforderlich, um die Bestände allein in Asylsachen innerhalb eines Jahres abzuarbeiten.

Ohne die vorgesehenen, auf ressortinterner Umschichtung beruhenden Stellenverstärkungen, die die Einrichtung von drei weiteren Kammern bei den Verwaltungsgerichten mit einem Mindestmaß an "Unterbau" ermöglichen sollen, wird die Justiz trotz der Verstärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch den Haushalt 1991 der notwendigen Beschleunigung der gerichtlichen Asylverfahren nicht gerecht werden können. Die Neueingänge werden auch 1992 unverändert hoch liegen: aus den voraussichtlich rd. 60.000 Asylanträgen auf Verwaltungsebene des Jahres 1991 in NRW werden nach den bisherigen statistischen Erhebungen mindestens 25.000 gerichtliche Verfahren entstehen.

2.2 Ausbau und Förderung der ADV-Verfahren in der Justiz

- + 1 Stelle für Angestellte (DA 07) - VergGr. II a BAT -
- + 1 Stelle für Angestellte (DA 07) - VergGr. IV a/IV b BAT -
- + 2 Stellen insgesamt

im Wege ressortinterner Umschichtung.

Für die Angestellten-Stelle der VergGr. IV a/IV b BAT gilt die Begründung zu Abschn. III. Nr. 3.3 - S. 10 - entsprechend. Auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit muß mindestens eine zusätzliche technische Kraft eingestellt werden.

Darüber hinaus ist eine weitere Angestellten-Stelle der VergGr. II a BAT erforderlich geworden, um den Ausbau der zum 01.01.1991 beim OVG Münster eingerichteten Rechtsprechungsdokumentation in Asylsachen zu unterstützen. Die bisher dort eingesetzten Kräfte sind nicht in der Lage, die jährlich ca. 1.500 Gerichtsentscheidungen und die vor dem 01.01.1991 ergangenen Entscheidungen in angemessener Zeit zu dokumentieren.

Kapitel 04 070 Ansberechnung Anlage 1	Planstellen			Ist 1.7.91	unterw. besetzt mit Hilfs- Planbeamt.	davon			
	BesGr.	1992	1991			beamt. Kräfte	Angest. Arbeiter /-innen		
Präsident des VGH und des OVG	B 10	1	1	1,00					
Präsident d. VG	R 5	2	2	2,00					
Vizepräsident d. OVG	R 4	1	1	1,00					
Präsident d. VG		2	2	2,00					
Präsident d. VG	R 3	3	3	3,00					
Vizepräsident d. VG		2	2	2,00					
Vors. Richter am OVG		24	24	22,00					
davon kw § 42 LPVG		1	1	1,00					
davon gesperrt →)		1	1						
Vizepräsident d. VG	R 2 Z	5	5	5,00					
Vors. Richter am VG		81	78	74,00					
Richter am OVG	R 2	73	73	68,00		1,00			
davon gesperrt →)		3	3						
davon ohne Bes.aufwand		3	3	2,00		1,00			
davon ku in BesGr R1 →)		1	1	1,00					
Richter am VG	R 1	272	263	249,50			26,50		
davon gesperrt →)		6	6						
davon ohne Bes.-aufwand		5	5	5,00					
davon kw § 42 LPVG		3	3	3,00					
Regierungsdirektor	A 15	2	2	2,00					
Oberregierungsrat	A 14	3	3	3,00	1,00		1,00		
Regierungsrat	A 13	2	2	0,50					
höh. Dienst insgesamt				473	461	435,00	2,00	26,50	1,00
Reg.Oberamtsrat	A 13	2	2	2,00					
Reg.Amtrats	A 12	5	5	5,00					
Reg.Amtmann	A 11	12	12	10,50					
Reg.Oberinspektor	A 10	15	15	15,00		0,50			
Reg.Inspektor	A 9	6	6	6,00		3,00	2,00		
geh. Dienst insgesamt				40	40	38,50	3,50	2,00	

MHE 1992, Kap. 070, Anl. 1

Amtsbezeichnung Anlage 1	BesGr.	Planstellen			davon		
		1992	1991	Ist -1.7.91	unterw. besetzt mit Hilfs- Planbeamt.	beamt. Hilfs- kräfte	Angest. Arbeiter /-innen
Reg. Amts. Inspektor	A 9 Z	4	4	4,00			
Reg. Amts. Inspektor	A 9	11	11	11,00			
Reg. Hauptsekretär	A 8	18	18	17,50			
Justizhauptsekretär							
Regierungsoberssekretär	A 7	19	19	19,00			
Justizoberssekretär							
Regierungssekretär	A 6	9	9	8,50	3,50		2,00
Justizsekretär							
Regierungsassistent	A 5	4	4	4,00		3,00	
Justizassistent							
mittl. Dienst insgesamt		65	65	64,00	3,50	3,00	2,00
Erster Justizhaupt- wachtmeister	A 5 Z	1	1	1,00			
Erster Justizhaupt- wachtmeister	A 5	6	6	5,00			
Justizhauptwachtmeister	A 4	4	4	3,00			
Justizoberwachtmeister	A 3	1	1				
einf. Dienst insges.		12	12	9,00			
Planstellen insges.		690	578	546,50	5,50	33,00	5,00

→ Die Besetzung dieser Stellen bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags

→)ku bei endgültigem Wegfall des Abordnungszweckes

Titelgruppe 79
Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

MinRat →)	B 2	1	1				
- kw 31.12.1993 -							
Vors. Richter am VG	R 2	1	1				
- kw 31.12.1993 -							
Richter am OVG		5	5	4,00			
- kw 31.12.1993 -							
Richter am VG	R 1	3	3				
- kw 31.12.1993 -							
Planstellen insgesamt		10	10	4,00			

→) Auf dieser Stelle kann auch ein Richter der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)

Amtsbezeichnung	1992	1991	Ist -1.7.91-	d a v o n
				Angest.-Arbeit. -/-innen
Richter a. Probe R1	13,00	13,00	11,00	
RegAss. z.A. A 5	3,00	3,00		

 insgesamt 16,00 16,00 11,00

Stellen für abgeordnete Beamte

RegOberinsp. A 10	1,00	1,00	1,00
RegInsp. A 9	1,00	1,00	

insgesamt	2,00	2,00	1,00

Titelgruppe 79
 Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung
 der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland

Richter a. Probe R1	14	14	14
- kw 31.12.1993 -			

Hilfsstellen insges.	14	14	14

Kapitel 04 070 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT

Anlage 3	1992	-1991	Ist - 1.7.91 -	davon	
				unterw. bes. mit Angest.	Arbeit. /-innen
II a	2	1	1		
IV a/IV b	1				
IV b/V b	9	9	8	2	
V b/V c	12	12	12	2	
dav. kw §42LPVG	4	4	4		
V c	17	17	17		
VI b	81	78	76	8	
VI b/VII	98	98	97	4	
VII/VIII	210	207	193	7	2
IX a/IX b	26	26	26		2
IX b/X	13	13	11		7
insgesamt	469	461	441	23	17
Auszubildende	45	45	33		

Kapitel 04 070 Übersicht ü.d. Arbeiterstellen

Lohngruppe MTL	1992	1991	Ist 1.7.91	davon
				unterw. besetzt
VII	3	3	3	3
II	13	13	13	13
VI (Pausch.)	9	9	8	8
insgesamt	25	25	24	

Anlage 5 zum MHE 1992 04 070

Übersicht über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte i.A.
 Kap. 04 070 Stellen - Neueinstellungen - am 1.7.91 vorh. Beamte/innen, die eingestellt worden sind
 Anlage 5 Zahl 1991 - MHE 1992 - MHE 1991 - MHE 1991 - MHE 1990 - MHE 1989 - 1988 u. frun. - insg.

Höh. Dienst

Richter

Gen. Dienst

Mittl. Dienst (im Kap.04040)

2.00 6.00

Einz. Dienst

Anlage 5 zum MHE 1992 04 070

Übersicht Stellenzahl
 Kap. 04 070 Beamte i.A. am 1.7.1991 vorhandene Beamte i.A., deren Probezeit begann
 Anlage 5 MHE 1991 - MHE 1991 - MHE 1990 - MHE 1989 - 1988 u. frun. - insges.

Höh. Dienst

Richter	13.00	8.50	16.00	7.00	6	37.50
---------	-------	------	-------	------	---	-------

Gen. Dienst		0.50	2.00	1.00		3.50
-------------	--	------	------	------	--	------

Mittl. Dienst	3.00		2.00	1.00		3.00
---------------	------	--	------	------	--	------

Einz. Dienst						
--------------	--	--	--	--	--	--

Anlage 5 zum MHE 1993 04 070

Übersicht Planstellen- am 1.7.91 Abzustand voraussichtlich im Jahre
 Kap. 04 070 Zahl 1991 - ang. Beamte MHE 91 MHE 92 MHE 93 MHE 94 MHE 95 MHE 96 MHE 97
 Anlage 5

Höh. Dienst 7.00 4.50 1.00

Richter	454.00	403.00	2.00	2.00	4.00	1.00	3.00	4.00
---------	--------	--------	------	------	------	------	------	------

Gen. Dienst	40.00	33.00				1.00		2.00
-------------	-------	-------	--	--	--	------	--	------

Mittl. Dienst	65.00	59.00						
---------------	-------	-------	--	--	--	--	--	--

Einz. Dienst	12.00	9.00						
--------------	-------	------	--	--	--	--	--	--

VII.

Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster

(Kapitel 04 080)

Stellenübersicht (Personalsoll)

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt 1992	insgesamt 1991	+/-
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	186	38	40	3	267	261	+ 6
Beamtete							
Hilfskräfte	—	3	1	—	4	6	- 2
Angestellte	—	4	95	11	110	105	+ 5
Arbeiter	—	—	—	2	2	2	—
<hr/>							
Zwischensumme	186	45	136	16	383	374	+ 9
<hr/>							
Titelgruppen							
Planmäßige							
Beamte	2	—	—	—	2	2	—
Angestellte	—	—	—	—	—	—	—
Arbeiter	—	—	—	—	—	—	—
<hr/>							
insgesamt	188	45	136	16	385	376	+ 9
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst							
<hr/>							
Auszubildende und Berufs- praktikanten							
<hr/>							

1. Umsetzungen

- + 1 Stelle Regierungsassistent z. A. (BesGr. A 5) umgesetzt aus Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

Wegen der Begründung wird auf Abschn. III. Nr. 1 - S. 7 - verwiesen.

2. Verlängerung von kw-Vermerken

Bei Titel 422 79 (Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland) sind bisher bei zwei Planstellen Richter am Finanzgericht (BesGr. R 2) kw-Vermerke 31.12.1992 ausgebracht. Diese kw-Vermerke werden durch Verlängerung um 1 Jahr den übrigen kw-Vermerken der Titelgruppe 79 angeglichen.

Wegen der Begründung vgl. Abschn. III. Nr. 2 - S. 8 -.

3. Neue Stellen

3.1 Abbau der nichterledigten Verfahren

- + 1 Planstelle Vorsitzender Richter am Finanzgericht (BesGr. R 3)
- + 2 Planstellen Richter am Finanzgericht. (BesGr. R 2)
- + 2 Hilfsstellen für Angestellte des Büro-, Registratur- und Kassendienstes (DA 01) - VergGr. VI b BAT -
- + 3 Hilfsstellen für Angestellte des Vorzimmer- und Schreibdienstes (DA 02) - VergGr. VII/VIII BAT -
im Wege ressortinterner Umschichtung.

Die Rückstände bei den Finanzgerichten in NRW sind nach wie vor hoch und geben weiter Anlaß zu größter Besorgnis. Am 30.06.1991 waren 39.815 nichterledigte Verfahren anhängig, obwohl 1990 in NRW jeder Finanzrichter durchschnittlich 152,8 Verfahren erledigt

und damit rd. 28 % über der bundesdurchschnittlichen Erledigungsquote von 119,8 Verfahren pro Richter gelegen hat. Die Belastung der Finanzgerichtsbarkeit, die zu einer weiteren Verfassungsbeschwerde wegen überlanger Verfahrensdauer geführt hat, kann mit dem vorhandenen Personal nicht nachhaltig gesenkt werden, zumal weder die Eingangszahlen zurückgehen noch eine durchgreifende Vereinfachung des materiellen Steuerrechts in Sicht ist. Selbst wenn die beachtlich höhere Erledigungsquote in NRW zugrunde gelegt wird, müßten rechnerisch 53 Richter-Stellen neu eingerichtet werden, wenn die Rückstände in 5 Jahren abgearbeitet werden sollen; bei einer Abbauzeit von 10 Jahren würden rechnerisch immer noch 27 neue Richter-Stellen benötigt.

Die allgemeine Haushaltslage erlaubt die Einrichtung neuer Stellen in der Finanzgerichtsbarkeit nur im Wege ressortinterner Umschichtung. Angesichts der Belastungssituation in allen Zweigen der Justiz kann die Umschichtung nur zu der o.g. Stellenvermehrung für Richter führen. Zugleich kann nicht mehr als die dringlichste Verstärkung des sog. "Unterbaues" realisiert werden.

2.2 Stellenzugang im übrigen

- + 2 Planstellen Regierungsinspektor (BesGr. A 9) gegen Wegfall von 2 Hilfsstellen Regierungsinspektor z. A.
- + 1 Planstelle Regierungsassistent (BesGr. A 5) gegen Wegfall von 1 Hilfsstelle Regierungsassistent z. A.

Die Beamten erfüllen im Jahr 1992 die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zur planmäßigen Anstellung.

5. Verlagerungen

- + 1 Stelle für Angestellte des ADV-Dienstes (DA 05) - VergGr. V c BAT - verlagert aus dem Büro-, Registratur- und Kassendienst (DA 01) unter gleichzeitiger Höhergruppierung aus VergGr. VI b BAT zur Erfüllung eines tarifrechtlichen Anspruchs (Fallgruppe 1 a)

Die Justiz war in der Vergangenheit gezwungen, zur Entwicklung, Erprobung und Einführung sowie zur Schulung der Anwender des ADV-Verfahrens Sojus-FG unter anderen die vorbezeichnete Stelle des Büro-, Registratur- und Kassendienstes für Zwecke der ADV zu verwenden, weil zusätzlich benötigte ADV-Stellen nicht verfügbar waren. Diese Verlagerung dient der Bereinigung der Stellenführung.

- + 1 Stelle des Büro-, Registratur- und Kassendienstes (DA 01) - VergGr. VII/VIII BAT - verlagert aus dem Fernsprech- und Fernschreibdienst (DA 03)

Die Verlagerung dient der Bereinigung der Stellenführung.

Kapitel 04 080 Anlage 1 Antsbezeichnung	Planstellen BesGr.	Planstellen			-unterw. davon		Angest. Arbeiter /-innen
		1992	1991	Ist -1.7.91	-bes. mit -Plan- -beamt.	beamt. Hilfs- kräfte	
Präsident d. FG	R 6	3	3	3			
Vizepräsident d. FG	R 3	3	3	3			
Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage							
Vors. Richter am FG		41	40	40			
Richter am FG	R 2	136	134	129	1	10	
Oberregierungsrat	A 14	3	3	2	1		
höherer Dienst insges.		186	183	177	2	10	
Regierungsoberamtsrat	A 13	3	3	3			
Regierungsamtsrat	A 12	6	6	6	2		
Regierungsamtmann	A 11	9	9	9			
Regierungsoberinspek.	A 10	9	9	9			
Regierungsinspektor	A 9	11	9	9		1	1
geh. Dienst insges.		38	36	36	2	1	1
RegAmtsInsp. m. AZ	A 9 AZ	3	3	2			
RegAmtsInsp.	A 9	5	5	5	1		
Regierungshauptsekr.	A 8	9	9	9	3		
Regierungsobensekr.	A 7	12	12	12	2		2
Regierungssekretär	A 6	7	7	7			1
Regierungsassistent	A 5	4	3	3		3	
mittl. Dienst insges.		40	39	38	6	3	3
Erst. JHptwachtm. m. AZ	A 5 AZ	1	1	1			
Erst. JHptwachtm.	A 5	2	2	2	1		1
einf. Dienst insges.		3	3	3	1		1
Planstellen insges.		257	261	254	11	14	5
Titelgruppe 79 Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland							
Richter am FG - kw 31.12.1993 -	R 2	2	2	1			
Planstellen insgesamt		2	2	1,0			

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)

Amtsbezeichnung	→ 1992 →	→ 1991 →	Ist →1.7.91→	davon	
				Angest.	Arbeiter /-innen
Rikr. Auftrag	R 1				
RegInsp. z.A.	A 9	3,00	5,00	3,00	1,00
RegAss. z.A.	A 5	1,00	1,00	1,00	1,00

insgesamt		4,00	6,00	4,00	2,00

Stellen für abgeordnete Beamte					

RegDir.	A 15	1,00	1,00	1,00	

Kapitel 04 080 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT	1992	1991	Ist 1.7.91	davon unterw. bes. mit Angest. Arbeit. /-innen
Anlage 3				

IVa/IVb	1	1		
V b	3	3	3	
V b/V c	1	1	1	
V c	5	4	4	
VI b	23	22	20	3
dav. kw LPVG	1	1	1	
VI b/VII	10	10	9	1
VII/VIII	56	53	53	2
IX a/IX b	11	11	11	

insgesamt:	110	105	101	6

Anlage 5 zum MHE 1992 04 080

Übersicht Über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A.
 Stellen - Neueinstellungen an 1.7.91 vorr. Beamte/-innen, die eingestellt worden sind
 Anlage 5 zahl 1991 - MHE 1992 - MHE 1993 - MHE 1994 - MHE 1995 - 1996 u./frun. insges.

Höh. Dienst

Richter						
Gen. Dienst	(im Spl. 12)	5,00		5,00	1,00	7,00
Mittl. Dienst	(im Kap. 040)		1,00	3,00		3,00
Einf. Dienst						

Anlage 5 zum MHE 1992 04 080

Übersicht Stellenzahl
 Beamte z.A. an 1.7.1991 vorhandene Beamte z.A. deren Probezeit begann
 Anlage 5 MHE 1991 - MHE 1992 - MHE 1993 - MHE 1994 - 1995 u./frun. insges.

Höh. Dienst

Richter						
Gen. Dienst	(5,00		3,00		3,00
Mittl. Dienst	(1,00	1,00	1,00		2,00
Einf. Dienst						

Anlage 5 zum MHE 1992 04 080

Übersicht Planstellen- an 1.7.91 Ruhestand voraussichtlich im Jahr
 Anlage 5 zahl 1991 - ang. Beamte - MHE 91 MHE 92 MHE 93 MHE 94 MHE 95 MHE 96 MHE 97

Höh. Dienst		3,00	2,00						
Richter		180,00	165,00	2,00	2,00	2,00	5,00	2,00	4,00
Gen. Dienst	(36,00	34,00						
Mittl. Dienst	(36,00	32,00						
Einf. Dienst		3,00	2,00					1,00	

C. Schlüsselung der Planstellen

(zu nachstehend I. bis III., soweit die Schlüsselungen aufgrund von § 26 BBesG oder entsprechender Landesschlüssel erfolgen)

Vorbemerkungen:

Der Landtag hat beschlossen, daß die Nachschlüsselung von Stellenzugängen grundsätzlich mit dreijähriger Phasenverschiebung erfolgt. Die Schlüsselung berücksichtigt also die bis einschließlich 1989 geschaffenen Planstellen.

Über die nachgeschlüsselten Stellen 1989 und die neuen Stellen 1990 - 1992 unterrichtet die folgende Übersicht:

Planstellenschlüsselung 1992
 Übersicht "neue Stellen"

	Kapitel 04 040	Kapitel 04 05	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080
	höh.VerwD. WirtschRef.	Psych/Soz. Ärzte	Pfarrer	Lehrer	
* 1989 nachr.	1				
* 1990	3				
* 1991	2				
* 1992	2	9			2
Insgesamt	9	9			2

	Kapitel 04 040	Kapitel 04 050	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080
	geh.JDienst geh.SozDI.	geh.VVD geh.SozDI.			
* 1989 nachr.	8				
* 1990	28	9			3
* 1991	14	4			1
* 1992		1			2
Insgesamt	42	4	14		6

	Kapitel 04 040	Kapitel 04 050	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080
	JVollstrDI. GV	mittl.JDI. Werkdienst	ml.VerwDI. VDI.		
* 1989 nachr.	13				
* 1990				2	2
* 1991		25			1
* 1992					1
Insgesamt	13	25		2	2

	Kap. 04 010	Kap. 04 040	Kap. 04 050	Kap. 04 060	Kap. 04 070	Kap. 04 080
* 1992						
Insgesamt			25			2

I.

Höherer Dienst

1.

Von den Planstellen des höheren Dienstes im Haushalt 1992 sind die Planstellen für Richter und Staatsanwälte aufgrund von § 26 BBesG nicht zu schlüsseln. Es sind danach schlüsselungsfähig (ohne Planstellen ohne Besoldungsaufwand, Planstellen mit kw-Vermerk gemäß § 42 LPVG, Planstellen B 10 - B 3 BBesO, neue Planstellen seit 1990)

im Kapitel 04 010:	57 Planstellen (bis einschließlich B 2)
im Kapitel 04 040:	82 Planstellen
im Kapitel 04 050:	283 Planstellen (ohne die Präsidenten der Justizvollzugsämter)
im Kapitel 04 060:	10 Planstellen (ohne B-, R- und C-Besoldung)
im Kapitel 04 070:	7 Planstellen (ohne B-Besoldung)
im Kapitel 04 080:	<u>3 Planstellen</u>
insgesamt	442 Planstellen.

2.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

Kapitel 04 040 - 04 080

Kapitel 04 010 Sonder-		allgem.							Kapitel 04 040 - 04 080		
BesGr.	schlüssel Stellen	BesGr.	Schlüssel	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Zusammen- fassung allge- meiner Schlüssel	möglicher allgemeiner Schlüssel
B 2	30 %	B 2	10 %	0	2	0	0	0	0	2	2
A 16	35 %	A 16 Z *)		—	4	—	—	—	—	4	4
A 15	20 %	A 16	10 %	0	22	1	1	0	0	32	33
A 14	9,75 %	A 15	30 %	25	85	3	2	1	1	116	115
A 13	5,25 %	A 14	39 %	32	111	4	3	1	1	151	150
		A 13	21 %	17	59	2	1	1	1	80	81
100 %	57	100 %	283	82	283	10	7	3	3	385	385

Es sind auszubringen (ohne Stellen o. Bes., einschließlich Stellen, die nach 1988 neu geschaffen wurden):

allgemeiner Stellenschlüssel

BesGr.	04 010	BesGr.	04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	Insgesamt
B 2	17	B 2	—	2	—	—	—	2
A 16	20	A 16 Z	—	4	—	—	—	4
A 15	11	A 16	—	29	3	—	—	32
A 14	6	A 15	19	92	2	—	—	115
A 13	3	A 14	46	96	3	3	—	151
		A 13	26	69	4	2	0	101
57		91	292	12	7	3		405
		(dav. 9 neu)	(dav. 9 neu)	(dav. 2 neu)				(dav. 20 neu)

*) Anm. zu BesGr. A 16 Zi:

30 % für die Leiter besonders großer und besonders bedeutender unterer Verwaltungsbehörden (BesGr. A 16).
Im Geschäftsbereich des Justizministeriums sind dies bei 15 Behördenleitern in BesGr. A 16, die die Kriterien erfüllen, 4 Planstellen A 16 mit Zulage.

II.

Gehobener Dienst

1.

Der Haushalt 1992 enthält 4.767 Planstellen des gehobenen Dienstes. Hiervon sind 4.552 Planstellen schlüsselungsfähig.

2.

Vor der Schlüsselung ist eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen:

a) Justizministerium	36
b) Sonderlaufbahn Amtsanwälte	328
c) Sonderschlüssel Rechtspfleger	1.482
d) Sonderschlüssel Dozenten	11
e) Sonderschlüssel Vorprüfungsstellen	149
f) Sonderschlüssel Betriebsprüfer	6
g) Sonderschlüssel ADV	10
h) Allgemeiner Schlüssel	<u>2.530</u>
insgesamt	4.552.

3.

Es ergibt sich danach folgende Berechnung:

Sonderrechlüssel

BesGr.	Kapitel 04 010		Amtsanwälte		- Kapitel 04 040 -		ADV		Rechtspfleger	
	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Vorprüfung	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen
A 13 Z	--	--	--	39	--	--	--	--	--	29
A 13	50 %	18	60 %	158	10 %	15	10 %	1	5 %	45
A 12	30 %	11	40 %	131	30 %	44	20 %	1	20 %	297
A 11	20 %	7	--	--	30 %	43	50 %	4	45 %	666
A 10	--	--	--	--	19,5 %	29	13 %	1	19,5 %	289
A 9	--	--	--	--	10,5 %	16	7 %	1	10,5 %	156
		36		328		147		8		1.482

BesGr.	- Kapitel 04 050 -		- Kapitel 04 060 -		- Kapitel 04 070 -		- Kapitel 04 080 -		Summe
	Schlüssel	Stellen	ADV	Dozenten	Vorprüfung	Stellen	Betriebsprüfer	Stellen	
A 13 Z	--	--	--	--	--	--	--	--	68
A 13	10 %	11	--	11	--	--	50 %	3	251
A 12	20 %	1	--	--	1	1	50 %	3	489
A 11	50 %	1	--	--	1	1	--	--	722
A 10	13 %	--	--	--	--	--	--	--	319
A 9	7 %	--	--	--	--	--	--	--	173
		2		11	2		6		2.022

		allgemeiner Schlüssel *										allgem. Schlüssel - möglich -
BesGr.	Kapitel 04 040 Schlüssel	geh. JD	geh. SD	Kapitel 04 050 geh. D	geh. SD	Kapitel 04 060 (Verw.)	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080	insg.	allgemeiner Schlüssel *		
										Kapitel 04 060 (Verw.)	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080
A 13	Z											
A 13	4	57	23	11	8		2	1	102			101
A 12	12	171	69	31	22		4	3	301			304
A 11	30	428	173	79	57		11	9	760			758
A 10	35,1	500	202	93	66		14	10	887			889
A 9	18,9	270	109	50	36		7	5	479			478
		1.426	576	264	189	9	38	28	2.530			2.530

ohne Stellen o. Bes., kw IPVG, neue Stellen!

Es sind auszubringen (ohne Stellen, die nicht zu schlüsseln sind):

BesGr.	Kapitel 04 010	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080	allg. Vorpr.	Betr.Pr.	ADV	g.D.	g.SD	AA	VP	Rpfl.	g.SD	g.JD	ADV	Summe
A 13 Z	--	--	--	--	--	--	--	--	--	39	--	29	--	--	--	68
A 13	18	11	4	2	--	3	--	12	5	158	15	45	23	55	1	352
A 12	11	--	1	4	1	3	1	32	24	131	44	297	69	171	1	793
A 11	7	--	2	11	1	10	1	79	57	--	43	666	173	426	4	1.480
A 10	--	--	1	15	--	10	--	92	67	--	29	289	202	502	1	1.208
A 9	--	--	1	6	--	5	--	49	36	--	16	156	109	272	1	651
	36	11	9	38	2	28	6	264	189	328	147	1.482	576	1.426	8	4.552

ohne kw IPVG, ohne Besoldungsaufwand, neue Stellen 1990 - 1992

III.

Mittlerer Dienst

1.

Der Haushalt 1992 enthält 11.333 Planstellen des mittleren Dienstes. Von diesen Planstellen sind die Planstellenzugänge der Jahre 1990 bis 1992 (+ 27 Stellen) sowie die Planstellen ohne Besoldungsaufwand (4) und die für Freisstellungen aufgrund von § 42 LPVG geschaffenen kw-Planstellen (21) gemäß § 26 BBesG nicht zu schlüsseln. Grundsätzlich schlüsselungsfähig sind 11.281 Planstellen.

2.

Vor der Schlüsselung ist eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen:

a) Sonderlaufbahn Gerichtsvollzieher	932
b) Sonderschlüssel Sachbearbeiter (04 040: 1.163; 04 050: 41; 04 060: 9; 04 070: 14; 04 080: 6)	1.233
c) Sonderschlüssel Werkdienst	363
d) Sonderschlüssel allgemeiner Vollzugsdienst	5.145
e) Sonderschlüssel ADV	5
f) Allgemeiner Schlüssel	3.558
g) Schlüssel Justizvollstreckungsdienst	75
h) Justizministerium	<u>22</u>
	11.333

3.

Daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Sonderschlüssel

BesGr.	GV		J. Vollstreck.D		Werkdienst		allg. Vollzugs.D.		ADV-Stellen	
	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen
A 9 Z*	--	195	--	--	--	27	--	310	--	--
A 9	70 %	457	--	--	25 %	64	20 %	719	20 %	1
A 8	30 %	280	38 %	29	40 %	145	30 %	1.544	50 %	2
A 7	--	--	40 %	30	25 %	91	40 %	2.058	20 %	1
A 6	--	--	14,3 %	10	10 %	36	10 %	514	6,5 %	--
A 5	--	--	7,7 %	6	--	--	--	--	3,5 %	--
		932		75		363		5.145		1 4

BesGr.	Sachbearbeiter-Stellen						alle Kap.
	Schlüssel	04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	
A 9 Z*	--	280	10	2	3	1	828
A 9	80 %	650	24	5	8	4	1.932
A 8	20 %	233	7	2	3	1	2.247
A 7	--	--	--	--	--	--	2.180
A 6	--	--	--	--	--	--	560
A 5	--	--	--	--	--	--	6
		1.163	41	9	14	6	7.753

* 30 % der in BesGr. A 9 ausgebrachten Planstellen.

allgemeiner Schlüssel

BesGr.	Schlüssel	04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	alle mögliche Kap.	Summe mögl. Schl. und Sonderschlüssel	dazu JM	Summe
A 9 Z		75	6	--	1	--	02	84	7	919
A 9	8 %	178	14	--	3	3	198	196	15	2.143
A 8	30 %	950	77	1	15	9	1.052	1.052	--	3.299
A 7	40 %	1.266	102	1	21	13	1.403	1.403	--	3.583
A 6	14,3 %	475	36	1	7	6	525	526	--	1.086
A 5	7,7 %	246	20	--	4	3	273	272	--	278
		3.190	255	3	51	34	3.533	3.533	22	11.308
		(dav. 25 neu)			(dav. 2 neu)					

Bei der Schlüsselung ist die Phasenverschlebung insoweit nicht berücksichtigt worden, als neue Stellen im 1. Beförderungssamt ausgebracht wurden.

Schlüsselung Sachbearbeiterstellen Epl.

A 9 Z	296
A 9	691
A 8	246
	<u>1.233</u>

Schlüsselung "allgemeiner Schlüssel" Epl.

A 9 Z	84
A 9	196
A 8	1.052
A 7	1.403
A 6	526
A 5	272
	<u>3.533</u>

Es sind auszubringen (ohne Stellen o. Bes., kw IPVG):

BesGr.	04 040		mD		ADV		aS		mD		ADV		mVD		aVD		WD		04 060		04 070		04 080		Schlüsselung	
	GV	JVD	SaSch.	SaSch.	ADV	aS	ADV	aS	ADV	aS	mVD	aVD	WD	SaSch.	aS	SaSch.	aS	WD	SaSch.	aS	SaSch.	aS	SaSch.	aS	in 04 010	Sa.
A 9 Z	193	--	280	--	--	75	10	--	6	308	27	2	2	2	3	1	1	1	2	2	3	1	1	2	7	919
A 9	457	--	650	--	--	176	24	1	14	721	64	5	--	8	3	4	1	15	1	15	15	15	15	15	2.1	
A 8	9, 29	1	233	1	951	7	77	1.544	145	2	2	3	15	1	9	3.299									3.299	
A 7	--	30	--	--	1.268	--	1	104	2.058	91	--	1	--	19	--	12	--	3.583							3.583	
A 6	--	10	--	--	473	--	--	38	514	36	--	--	--	9	--	6	--	1.086							1.086	
A 5	--	6	--	--	247	--	--	16	--	--	--	--	--	4	--	4	--	278							278	
	932	75	1.163	1	3.190	41	4	255	5.145	363	9	3	14	51	6	34	22	11.308*							11.308*	

(einschließlich neuer Stellen)

(* dazu 21 Planstellen kw IPVG,
4 Planstellen ohne Besoldungsaufwand
= 11.333 Planstellen Epl. 04)

IV.

Einfacher Dienst

1.

Der Haushaltsplan 1992 enthält 1.504 Planstellen des einfachen Dienstes (einschließlich 1 kw-Stelle gemäß § 42 LPVG), davon 17 für das Justizministerium.

2.

Von diesen Stellen sind 1.486 schlüsselungsfähig (ohne 1 Stelle kw LPVG); der Sonderschlüssel des Justizministeriums (17 Stellen) ist nicht berücksichtigt worden.

BesGr. A 5 Z = 10 %
BesGr. A 5 = 50 %
BesGr. A 4 = 35 %
BesGr. A 3 A 3 = 5 %

3.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

BesGr.	schlüssel- lungsfähig	es sind als schlüsselungsfähig auszubringen				
		04 040	04 050	04 060	04 070	04 080
A 5 Z	148	144	2	--	1	1
A 5	744	728	5	3	6	2
A 4	520	508	5	3	4	--
A 3	74	73	--	--	1	--
	1.486	1.453	12	6	12	3

1992
Anlage
1

Gesamtüberblick
über
die Personalbedarfsberechnung
im Einzelplan 04 (Justizministerium)

- Anlageband Personalbedarfsberechnungen -

Haushaltsentwurf 1992

Rechtsausschuß

und

Haushalts- und Finanzausschuß

Gesamtüberblick
über
die Personalbedarfsberechnung
im Einzelplan 04 (Justizministerium)

- Anlageband Personalbedarfsberechnungen -

Haushaltsentwurf 1992

Rechtsausschuß

und

Haushalts- und Finanzausschuß

Inhalt

A.

Vorbemerkung

B.

Darstellung des Personalbedarf

I.	Justizministerium (Kapitel 04 010)	1
II.	Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040)	2 - 47
III.	Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 04 050)	48 - 56
IV.	Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel (Kapitel 04 060)	57 - 60
V.	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 070)	61 - 66
VI.	Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster (Kapitel 04 080)	67 - 69
VII.	Reinigungsdienst	70 - 83

A.

Vorbemerkung

Die Gestaltung dieses Erläuterungsbandes entspricht dem Wunsch des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen nach einer detaillierten Darstellung der Personalbedarfsberechnungen.

B.

Darstellung des Personalbedarfs

I.

Justizministerium

(Kapitel 04 010)

Eine Personalbedarfsrechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben gibt es für das Justizministerium nicht. Der Personalbedarf wird nach der tatsächlichen Arbeitsbelastung durch den regelmäßigen Geschäftsanfall in den Referaten bemessen.

Personalbedarfsberechnungen für die Landesministerien mit allgemeinverbindlichen Bewertungsgrundsätzen können (falls überhaupt) nur gemeinsam für alle Ressorts aufgestellt werden. Daran fehlt es bisher.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Landesrechnungshof NRW durch seine vergleichenden Untersuchungen zum Inneren Dienst und zum Allgemeinen Verwaltungsdienst (OPH-Untersuchung) getan.

Eine ausführliche Darstellung über das Ergebnis der Prüfung des Inneren Dienstes im Justizministerium findet sich im Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 1985 (Vorlage 9/2015, S. 14 - 20), auf den zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen wird. Nach dem Ergebnis dieser Prüfungen bestehen keine weiteren Möglichkeiten zu personellen Einsparungen.

II.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

(Kapitel 04 040)

Zur Ermittlung des Personalbedarfs für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafgerichte, Staatsanwaltschaften) gibt es bundeseinheitliche Bewertungszahlen. Es handelt sich dabei um Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der statistischen Daten aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis ermittelt worden sind. Der für das einzelne Land oder einen Bezirk errechnete Gesamtbedarf stellt einen Annäherungswert dar.

Anhand dieser Schlüsselwerte wird der Personalbedarf im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ermittelt. Die Werte dienen ferner der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des/der einzelnen Gerichts/e - Staatsanwaltschaft/en als Grundlage für eine gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung. Als Durchschnittswerte sind sie nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen Richters oder Staatsanwalts usw. oder eines Spruchkörpers zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personellen Verhältnissen) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen.

Die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung können nicht die Verpflichtung der Präsidien/Behördenleiter ersetzen, alle Geschäfte nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen zu verteilen.

II.1

Personalbedarfsberechnungen für Richter und Staatsanwälte

Das seit 1975 für die Ermittlung des Bedarfs an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten geltende bundeseinheitliche Berechnungssystem, das im Auftrag der Justizministerkonferenz von einer

Kommission der Landesjustizverwaltungen (Kommission für Fragen der Personalbedarfsberechnung) entwickelt wurde, geht nicht - wie früher - von der erledigten Arbeit (z. B. der Zahl der durch Urteil oder Vergleich erledigten Zivilprozeßsachen) aus, sondern von den zu erledigenden Geschäften (z. B. der Zahl der Neueingänge in Zivilprozeßsachen). Dabei wird grundsätzlich jedem Eingang eine bestimmte Bewertungszahl zugeordnet. Aus der Division der Zahl der Geschäfte durch die jeweiligen Bewertungszahlen ergibt sich der Personalbedarf. Dieses Bewertungssystem ist zeitnäher, weil die Eingänge den Personalbedarf bestimmen, nicht jedoch die tatsächlich erreichten Erledigungen.

A.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den Oberlandesgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1.	Gewöhnliche Berufungen	16.869	54	312,39
2.	Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		tats. Einsatz	0,80
3.	Beschwerden in Landwirtschaftssachen, in An- gelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ein- schließlich der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO sowie Anträge nach § 23 EGGVG	1.077	85	12,67
4.	sonstige Beschwerden	7.075	180	39,31
			Summe A.	<u>365,17</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
<hr/>				
B.	<u>Familiensachen</u>			
1	Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen und sonstige Beschwerden		tats. Einsatz	<u>106,46</u>
C.	<u>Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
1	Verfahren erster Instanz		tats. Einsatz	14,40
2	Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung von Rechtsbeschwerden	2.812	120	23,43
3	Allgemeine Beschwerden einschließlich der Kostenbeschwerden und Anträge nach § 23 EGGVG	4.860	280	17,36
4	Haftprüfungsverfahren	1.573	210	7,49
5	Auslieferungsverfahren	32	100	0,32
6	Anträge nach § 99 BRAGeBO	826	300	2,75
7	Klageerzwingungsverfahren einschließlich der Anträge auf Bewilligung der Prozeßkostenhilfe	365	200	1,83
			Summe C.	<u>67,58</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
D.	<u>Zuschlag für Verwaltungsarbeit</u>		tats. Einsatz Summe A.-D.	30,48 <u>569,69</u>
E.	<u>Ausbildung</u>			
1	Referendararbeitsgemeinschaften Zahl der hauptamtlichen Leiter von			
	a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	2,00	x 0,50	1,00
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 2.192	x 0,1 je 12 Monate Referendarzeit Summe E.	18,27 <u>19,27</u>
F.	<u>Schwerbehinderte</u> richterlicher Dienst bei den Oberlandesgerichten insgesamt	Anzahl: 16	x 0,10	<u>1,60</u>
				<u>590,56</u>

B.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
<hr/>				
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Gewöhnliche Zivilsachen erster Instanz	83.588	125	668,70
2	Verfahren erster Instanz vor der Kammer für Handelssachen	17.358	185	93,83
3	Gewöhnliche Berufungen	30.246	125	241,97
4	Berufungen vor der Kammer für Handelssachen	338	185	1,83
5	Beschwerden	22.793	200	113,97
6	Entschädigungs- und Rück- erstattungssachen		tats. Einsatz	2,40
			Summe A.	<u>1.122,70</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
B. Strafsachen				
1	Anklagen vor dem Schwur- gericht	285	12	23,77
2	Anklagen vor der Großen Strafkammer und Jugend- kammer	3.243	30	108,09
3	Verfahren erster Instanz mit mehr als 10 Hauptver- handlungstagen (ohne Wirt- schaftsstrafsachen gem. § 74 c GVG)	1.408 HVT	x 0,04	56,32
3a	Anklagen in Wirtschafts- strafsachen nach § 74c GVG	1.532 HVT	x 0,05	76,60
4	Berufungen vor der Großen Strafkammer und der Jugendkammer	5.611	65	86,32
5	Berufungen vor der Kleinen Strafkammer	8.308	195	42,61
6	Beschwerden einschließ- lich Kostenbeschwerden	15.463	400	38,66
7	Verfahren vor der kleinen Strafvollstreckungskammer	14.998	700	21,43
8	Verfahren vor der großen Strafvollstreckungs- kammer	4.310	350	12,31
9	Gnadensachen	6.379	1.400	4,56
			Summe B.	<u>470,67</u>
			Summe A. + B.	<u>1.593,37</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
C. <u>Verwaltung</u>				
1	Zahl der Behördenangehörigen	5.699	x 0,007	39,89
2	Zahl der Richter des eigenen Gerichts	1.387	x 0,01	13,87
3	Zahl der Richter der nachgeordneten Amtsgerichte	1.381	x 0,02	27,62
4	Pressestelle		tats. Einsatz bis 0,30	5,40
			Summe C.	<u>86,78</u>
D. <u>Ausbildung</u>				
Referendararbeitsgemeinschaften				
1	Zahl der hauptamtlichen Leiter von			
	a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	2,26	x 0,50	1,13
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	0,98

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 8.451	x 0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	70,43
			Summe D.	<u>72.54</u>
E.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 57	x 0,10	<u>5,70</u>
	richterlicher Dienst bei den Landgerichten insgesamt			<u>1.758,39</u>

C.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. <u>Zivilsachen</u>				
1	Zivilprozeßsachen	374.821	660	567,91
2	Rechtshilfeersuchen an den Richter (auch in An- gelegenheiten der frei- willigen Gerichtsbarkeit)	24.442	1.800	13,58
3	Binnenschiffahrtssachen und Verklarungssachen	99	160	0,62
4	Anträge auf Konkurser- öffnung, von Vergleichs- verfahren zur Abwendung des Konkurses	9.300	660	14,09
5	Haftanordnungen in Ver- fahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versi- cherung	172.210	11.000	15,66
6	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte in Zivilsachen		5% des aus Nrn. 1,3,4 und 5 er- rechneten Bedarfs	29,91
			Summe A.	<u>641,77</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
B.	<u>Familiensachen</u>	200.744	600	<u>334,57</u>
C.	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbar- keit</u>			
1	Anhängige Vormundschaften, Pflegerchaften und Bei- standschaften	314.770	10.000	31,48
2	Andere familienrechtliche Angelegenheiten einschließ- lich Adoptionssachen	42.797	4.000	10,70
3	Erziehungsbeistandschaften und Fürsorgeerziehungs- sachen	236	500	0,47
4	Freiheitsentziehungs- und Unterbringungssachen sowie Verfahren nach §§ 1631 b, 1800 BGB	30.817	500	61,63
5	Nachlaßsachen	79.076	3.200	24,71
6	Bestehende Eintragungen im Handelsregister B	132.272	2.500	52,91
7	Standesamtssachen	3.007	500	6,01
8	Landwirtschafts- und Höfesachen	4.778	350	13,65

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
9	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit		10 % des aus Nrn. 1,2,5,6 und 8 errechneten Bedarfs	13,35
			Summe C.	<u>214,91</u>
D.	<u>Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
1	Anträge auf Erlaß von Strafbefehlen	121.749	5.500	22,14
2	Verfahren vor dem Strafrichter ohne Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	104.670	500	209,34
3	Verfahren vor dem Jugendrichter ohne Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	44.475	400	111,19
4	Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	198.409	800	248,01
5	Verfahren vor dem Schöffengericht	22.772	200	113,86
6	Verfahren vor dem Jugendschöffengericht	15.373	160	96,08

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
7	Verfahren vor dem erweiterten Schöffengericht	2.050	60	34,17
8	Vollstreckungsverfahren in Jugendgerichtsverfahren			
	a) bei der Vollstreckung von Jugendstrafen:	2.114	350	6,04
	b) bei der Vollstreckung von Jugendarrest:	9.068	1.500	6,05
9	Anträge auf Erlaß sonstiger gerichtlicher Entscheidungen oder Anordnungen einschl. Haft-sachen	193.073	2.500	77,23
10	Rechtshilfeersuchen	18.742	1.800	10,41
11	Kleine Strafvollstreckungskammer (soweit als Außenstelle des Landgerichts den Amtsgerichten angegliedert)	2.449	700	3,50
			Summe D.	<u>938,02</u>
E.	<u>Verwaltung</u>			
1	Zahl der Behördenangehörigen nach dem Stand vom 31.12.1990	16.525*	x 0,007	115,68

(* mindestens 0,20 bei Amtsgerichten unter 30 Beschäftigten)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
2	Zusätzlich bei Amtsgerichten mit einem Präsidenten: Zahl der Richter des eigenen Gerichts nach dem Stand vom 31.12.1990	362	x 0,01 Summe E	3,62 <u>119,30</u>
F.	<u>Ausbildung</u>			
1	Referendararbeitsgemeinschaften	0,08	x 0,25	0,04
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 10.413,5	x 0,1 je 12 Monate Referen- darzeit Summe F.	86,78 <u>86,82</u>
G.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 59	x 0,10	<u>5,90</u>
	richterlicher Dienst bei den Amtsgerichten insgesamt			<u>2.341,29</u>

D.

Berechnung des Personalbedarfs im staatsanwaltlichen Dienst bei den Generalstaatsanwaltschaften

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
<u>A. Staatsanwaltliche Tätigkeit</u>				
1	Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen	2.916	330	8,84
2	Beschwerden gegen Maßnahmen und Entscheidungen der Staats- und Amtsanwälte (ZS)	5.536	400	13,84
3	Beschwerden in Strafsachen (WS)	5.578	660	8,45
4	Haftprüfungsverfahren	1.321	500	2,64
5	Aus- und Durchlieferungsverfahren	968	100	9,68
6	Verfahren nach der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Bundesnotarordnung und nach dem Steuerberatergesetz	1.851	100	18,51
7	Gnadensachen	5	600	0,01

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
8	Andere Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (z.B. OJs-Sachen, Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften und Abbildungen, Kartellbußgeldsachen usw.)		tats. Einsatz	6,70
			Summe A.	<u>68,76</u>
B.	<u>Verwaltung</u> Verwaltungstätigkeit		tats. Einsatz	<u>41,76</u>
C.	<u>Ausbildung</u>			
1.	Referendararbeitsgemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Monate: 36	x 0,1 je 12 Monate Referendarzeit	0,30
			Summe C.	<u>0,30</u>
D.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 8,42	x 0,10	<u>0,84</u>
	staatsanwaltlicher Dienst bei den Generalstaatsanwälten insgesamt			<u>111,57</u>

E.

Berechnung des Personalbedarfs im staatsanwaltlichen Dienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
<u>A. Staatsanwaltliche Tätigkeit</u>				
1	Ermittlungsverfahren (abzgl. Verfahren gegen unbekannte Täter sowie ohne Verfahren nach Nr. 5)	401.322	660	608,08
2	Bußgeldverfahren.	4.425	3.000	1,48
3a	Gnadensachen	5.084	1.000	5,08
3b	Tätigkeit des Gnadenbeauftragten bei dem Landgericht, soweit von Staatsanwälten wahrgenommen	1.875	1.400	1,34
4	Gesamtstundenzahl der Sitzungen (ausgenommen die Verfahren nach 5)	282.277	1.760	160,38
5	a) Wirtschaftsstrafsachen (§ 74 c GVG)		zu a)-d):	153,90
	b) NSG-Verfahren		tats.	7,60
	c) Staatsschutzstrafsachen (§ 74 a GVG)		Einsatz	3,40
	d) Großverfahren, soweit sie nicht unter a) bis c) aufgeführt sind			19,37
			Summe A.	<u>960,63</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
B. <u>Verwaltung</u>				
1	Zuschlag für Verwaltungsarbeit	5.137	0,40 zuzüglich 0,01 für jeden Be- hördenan- gehörigen	58,97
2	Pressestelle		tats. Be- darf bis 0,3	5,65
			Summe B.	<u>64,62</u>
C. <u>Ausbildung</u>				
1	Referendararbeits- gemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Frei- stellung	0,52
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate: 7.891	0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	65,76
			Summe C.	<u>66,28</u>
D.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 25,71	x 0,10	<u>2,57</u>
	staatsanwaltlicher Dienst bei den Staatsanwaltschaften insgesamt			<u>1.094,10</u>

1.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf an

a)

Richtern bei den

A. Oberlandesgerichten

590,56

B. Landgerichten

1.758,39

C. Amtsgerichten

2.341,29

Zwischensumme Richter

4.690,24

Zuschläge

4 v. H. für Ausfallzeiten

187,61

für die Einarbeitung neu

eingestellter Richter 117 x 0,25

29,25

Richterbedarf somit

4.907,10

b)

Staatsanwälten bei den

D. Generalstaatsanwaltschaften

111,57

E. Staatsanwaltschaften

1.094,10

Zwischensumme Staatsanwälte

1.205,67

Zuschläge

4 v. H. für Ausfallzeiten

48,23

für die Einarbeitung neu

eingestellter Staatsanwälte 37 x 0,25

9,25

Bedarf an Staatsanwälten somit

1.263,15

Personalbedarf insgesamt:

6.170,25

2.

Stellen im Haushalt 1991

a. Richter	3.583,5
b. Staatsanwälte	1.008,0

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

a. Richter	111
b. Staatsanwälte	30

Stellen im Haushaltsentwurf 1992

a. Richter	3.583,5
b. Staatsanwälte	1.008,0

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

a. Richter	111
b. Staatsanwälte	30

3.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1991

a. Richter	1.323,60
b. Staatsanwälte	255,15

Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1992

a. Richter	1.323,60
b. Staatsanwälte	255,15

(Die Stellen für freigestellte Personalvertretungsmitglieder und die Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht, Planstellen für Universitätsprofessoren zu einem Viertel mitgezählt.)

II.2

Personalbedarfsberechnung für Amtsanwälte

1.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich folgender Personalbedarf:

lfd. Bezeichnung Nr. der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
<hr/>			
A. <u>Amtsanwaltliche Tätigkeit</u>			
1 Ermittlungsverfahren (abzgl. Verfahren gegen unbekannte Täter)	378.751	1.600	236,72
2 Bußgeldverfahren	90.134	3.000	30,04
3 Gesamtstundenzahl der Sitzungen	113.230	1.760	64,34
		Summe A.	<u>331,10</u>
B. entfällt			
C. <u>Stationsausbildung</u>	Anzahl Monate 130,5	0,1 je 12 Mona- te Aus- bildungs- zeit	<u>1,09</u>
D. <u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 34,42	x 0,10	<u>3,44</u>
		Summe A-D	<u>335,63</u>

- Übertrag - 335,63

Zuschläge

a)
4 v.H. für Ausfallzeiten 13,43

b)
für die Einarbeitung neuer Kräfte 5 x 0,25 1,25

c)
Kräfte des Amtsanwaltdienstes, die gemäß
Nr. 24 Abs. 2 der Anordnung über Organisation
und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaft zur
Unterstützung von Staatsanwälten eingesetzt sind
(tatsächliche Zahl) 36,07

Amtsanwälte insgesamt 386,38

2.
Stellen (Planstellen) im Haushalt 1991
(ohne 1 Stelle kw LPVG) 328

Stellen (Planstellen) im Haushaltsent-
wurf 1992 (ohne 1 Stelle kw LPVG) 328

3.
Stellenfehlbestand (Planstellen)
nach dem Haushalt 1991 58,38

Stellenfehlbestand (Planstellen)
nach dem Haushaltsentwurf 1992 58,38.

II.3

Personalbedarfsberechnung für den gehobenen Justizdienst

Für den gehobenen Justizdienst im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit hat die von der Justizministerkonferenz eingesetzte Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung ein bundeseinheitliches Berechnungssystem erarbeitet, das zusammen mit einem neuen System zur Erfassung der Grundbuchsachen im Jahre 1978 in der Praxis erprobt worden ist. Bezüglich der Staatsanwaltschaften ist für den gehobenen Justizdienst ein entsprechendes Berechnungssystem erarbeitet und zu Beginn des Jahres 1979 auf der Basis der Geschäftszahlen des Jahres 1978 erprobt worden.

Nach diesen Systemen wird die Personalbedarfsberechnung seit 1980 durchgeführt, obwohl die Bewertungszahlen für Grundbuchsachen noch nicht endgültig festliegen. Das mußte und muß weiterhin in Kauf genommen werden, weil die früheren Systeme sowohl die Erfassung anderer Geschäfte als auch Doppelberechnungen für den Personalbedarf an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten erforderten, mithin eine nicht unerhebliche Mehrarbeit verursachten. Das sollte vermieden werden.

A.

Der Personalbedarf im gehobenen Dienst bei den Oberlandesgerichten wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 182,0).

B.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
A. <u>Zivilsachen</u>				
1	Zivilsachen erster Instanz	101.132	1.500	67,42
2	Berufungen und Beschwerden	53.385	4.000	13,35
			Summe A.	<u>80,77</u>
B. <u>Strafsachen</u>				
		33.185	4.000	<u>8,30</u>
C. <u>Verwaltung</u>				
1	Für Angehörige der eigenen Behörde	5.699	x 0,008	45,59
2	Für Angehörige nachgeordneter Amtsgerichte außer Präsidialgerichten	13.195	x 0,005	65,98
3	Bezirksrevisoren		tats. Einsatz	83,20
			Summe C.	<u>194,77</u>
D. <u>Ausbildung</u>				
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Freistellung	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	0,11
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	269,0 Monate	0,15 je 12 Monate	
			Anwärterdienst	3,36
			Summe D.	<u>3,47</u>
E. <u>Schwerbehinderte</u>				
	gehobener Dienst bei den Landgerichten insgesamt	Anzahl: 19	x 0,10	<u>1,90</u>
				<u>289,21</u>

C.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
A. Zivilsachen				
1	Mahnsachen	1.377.078	17.000	81,00
2	Zivilprozeßsachen	374.891	2.000	187,45
3	Regelunterhaltssachen, Vereinfachte Verfahren zur Abänderung von Unterhaltstiteln, Beweissicherungsverfahren und sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	16.470	2.000	8,24
4	Rechtshilfeersuchen an den Rechtspfleger, auch in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	36.156	1.800	20,09
5	Verteilungsverfahren, Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung von unbeweglichen Gegenständen	14.183	90	157,59
6	Eröffnungen von Konkursverfahren und von Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses	1.092	35	31,20
7	Sonstige Vollstreckungssachen (M)	973.285	4.500	216,29
			Summe A.	<u>701,86</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
B.	<u>Familiensachen</u>		tats. Einsatz	<u>95,00</u>
C.	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u> (ohne Grundbuchsachen)			
1	Angelegenheiten, die in das Urkundsregister eingetragen werden			
	a) Urkundsregister I	40.941	2.000	20,47
	b) Urkundsregister II + III (ohne Beratungshilfe)	12.647	1.000	12,65
2	Zur Verwahrung übergebene oder abgegebene, abgelieferte oder zur Aufbewahrung übersandte Verfügungen von Todes wegen	90.881	1.800	50,49
3	Sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts	79.090	1.500	52,73
4	Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften	314.770	2.600	121,07
5	andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	40.098	3.000	13,37
6	bestehende Eintragungen			
	a) im Vereinsregister	71.279	2.000	35,64
	b) im Handelsregister A	87.562	2.000	43,78
	c) im Handelsregister B	132.272	3.000	44,09
	d) im Genossenschaftsregister	1.603	300	5,34

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
	e) im Schiffsregister, Schiffsbauregister, Luftfahrzeugregister	2.723	1.200	2,27
7	Neueintragungen und Löschungen			
	a) im Musterregister	1.858	2.000	0,93
	b) im Güterrechtsregister	3.592	2.000	1,80
			Summe C.	<u>404,63</u>
D.	<u>Grundbuchsachen</u>			
I.	<u>Gewöhnliche Geschäfte</u>			
1.	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	13.988	2.600	5,38
2	Eigentumsänderungen	349.129	2.000	174,56
3	Belastungen	604.793	3.500	172,80
4	Löschungen und Teillö- schungen	564.296	6.000	94,05
5	Veränderungen im Woh- nungsgrundbuch	160.354	15.000	10,69
6	Veränderungen in sonstigen Fällen	374.685	8.000	46,84
II.	<u>Reiheneintragungen</u>			
7	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	28.762	5.200	5,53
8	Eigentumsänderungen	29.498	4.000	7,37
9	Belastungen	51.053	7.000	7,29

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
10	Löschungen und Teillösungen	60.033	12.000	5,00
11	Veränderungen im Wohnungsgrundbuch	261.689	35.000	7,48
12	Veränderungen in sonstigen Fällen	66.124	20.000	3,31
			Summe D.	<u>540,30</u>
E.	<u>Strafsachen</u>			
1	Verfahren vor dem Straf- richter, dem Schöffengericht und dem erweiterten Schöffengericht	317.369	6.600	48,09
2	Verfahren vor dem Jugend- richter und dem Jugend- schöffengericht	70.415	1.000	70,42
			Summe E.	<u>118,51</u>
F.	<u>Sonstige Angelegenheiten</u> Angelegenheiten, die nicht unter A. - E. erfaßt sind		2 v.H. der Summe des unter A - E errechneten Bedarfs	
			1.860,30	<u>37,21</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
G. <u>Verwaltung</u>				
1	Für alle Angehörigen der Behörde	16.486	x 0,015	247,29
2	Bezirksrevisoren bei Amtsgerichten		tats. Einsatz	16,63
3	Gerichtskassen		tats. Einsatz	62,88
			Summe G.	<u>326,80</u>
H. <u>Ausbildung</u>				
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Freistellung	0,10
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	1,52
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 1.574,25	x 0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	19,68
			Summe H.	<u>21,30</u>
I.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 165,08	x 0,10	<u>16,51</u>
	gehobener Dienst bei den Amtsgerichten insgesamt			<u>2.262,12</u>

D.

Der Personalbedarf im gehobenen Dienst bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 26,5).

E.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Strafvollstreckungs- sachen</u>	265.448	650	<u>408,38</u>
B.	<u>Verwaltung</u> Für alle Angehörigen der Behörde	5.137	0,015	<u>77,06</u>
C.	<u>Ausbildung</u>			
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Frei- stellung	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Frei- stellung	--
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	193,0	0,15 je 12 Monate Anwärter- zeit	<u>2,41</u>
D.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 36,84	x 0,10	<u>3,68</u>
	gehobener Dienst bei den Staatsanwaltschaften insgesamt			<u>491,53</u>

1.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf im gehobenen Dienst

a)

bei den Gerichten:

A. Oberlandesgerichten	182,00
B. Landgerichten	289,21
C. Amtsgerichten	<u>2.262,12</u>
<u>Zwischensumme</u>	<u>2.733,33</u>

Zuschläge

4 v.H. für Ausfallzeiten	109,33
Fortbildung (1.771 AT : 220)	8,05
Einarbeitung neuer Kräfte (95 x 0,25)	23,75
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>20,42</u>
	<u>161,55</u>
<u>Bedarf bei den Gerichten</u>	<u>2.894,88</u>

b)

bei Staatsanwaltschaften

D. Generalstaatsanwaltschaften	26,50
E. Staatsanwaltschaften	<u>491,53</u>
<u>Zwischensumme</u>	<u>518,03</u>

Zuschläge

4 v.H. für Ausfallzeiten	20,72
Fortbildung (645 AT : 220)	2,93
Einarbeitung neuer Kräfte (19 x 0,25)	4,75
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>3,78</u>
	<u>32,18</u>
<u>Bedarf bei den Staatsanwaltschaften</u>	<u>550,21</u>

Personalbedarf gehobener Dienst insgesamt 3.445,09

2.

Stellen im Haushalt 1991	3.184
Stellen im Haushaltsentwurf 1992	3.167

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

Stellen im Haushalt 1991	82
Stellen im Haushalt 1992	72

3.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1991	261,09
---	--------

Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1992	278,09
---	--------

(Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt.)

II.4

Personalbedarfsberechnung für den Gerichtsvollzieherdienst

1.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewertungszahl	Personalbedarf
1	Persönliche Zustellungen	450.601	9.600	46,94
2	Zustellungen durch die Post	493.429	12.000	41,12
3	Protestaufträge	8.062	4.800	1,68
4	Zwangsvollstreckungsaufträge in Parteisachen	1.893.414	2.000	946,71
5	Amtliche Vollstreckungsaufträge	139.486	3.600	<u>38,75</u>
	Personalbedarf insgesamt			<u>1.075,20</u>

2.

Stellen (Planstellen) im Haushalt 1991	932
Stellen (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1992	932

3.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1991	143,20
Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1992	143,20

II.5

Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe

1.

Mit der außerordentlich starken Zunahme der Probandenzahlen in der Vergangenheit hat die Entwicklung der Stellenzahlen für hauptamtliche Bewährungshelfer in Nordrhein-Westfalen nicht Schritt halten können.

Eine bundeseinheitliche Personalbedarfsberechnung für Bewährungshilfe wurde bislang nicht beschlossen. Man geht derzeit davon aus, daß 45 Probanden pro Bewährungshelfer zumutbar sind und einen angemessenen Betreuungserfolg erwarten lassen. Danach ergibt sich nach dem Probandenstand vom 01.07.1991 folgender Personalbedarf:

a)

Zahl der von den Bewährungshelfern
betreuten Probanden am 01.07.1991 36.393

Personalbedarf - gerundet - 809

b)

Stellen für ausschließlich in der
Bewährungshilfe tätige Sozialarbeiter
im Haushalt 1991 631

Haushaltsentwurf 1992 631

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

Stellen im Haushalt 1991 6

Stellen im Haushalt 1992 6

c)

Stellenfehlbestand

nach dem Haushalt 1991

178

nach dem Haushaltsentwurf 1992

178

2.

Für die Gerichtshelfer und die Sozialarbeiter in der Führungsaufsicht gibt es bislang ebenfalls noch keine Empfehlungen für eine Personalbedarfsberechnung. 1991 sind bei den Führungsaufsichtsstellen 25, in der Gerichtshilfe 43 Sozialarbeiter tätig.

3.

Für den gehobenen Sozialdienst sind in Kapitel 04 040 Titel 425 60 und 426 60 die Stellen für die Schreibkräfte und für die Reinigungskräfte in der Bewährungshilfe veranschlagt.

Für 1992 stehen im Landesdurchschnitt den 631 Bewährungshelfern 13 Wochenstunden im Schreibdienst zur Verfügung. Damit wird die - unverbindliche - Vorgabe von 15 Wochenstunden pro Bewährungshelfer nahezu erreicht.

II.6

Personalbedarfsberechnung für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst

Für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften hat die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung bundeseinheitliche Berechnungssysteme erarbeitet, die seit 1979 zur Anwendung kommen.

A.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Oberlandesgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst	Multiplikator	Personalbedarf
1	Zivilsachen	A 1-A 4	365,17 0,65	237,36
2	Familiensachen		tats. Einsatz	87,03
3	Strafsachen	C 1-C 7	67,58 0,40	27,03
4	Verwaltung	PÜ 5a M 2000, M 3000	tats. Einsatz	306,32
5	Schwerbehinderte	Anzahl: 33	x 0,10	3,30
	insgesamt			<u>661,04</u>

B.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst	Multiplikator	Personalbedarf
1	Zivilsachen	A 1-A 6 1.122,70	1,0	1.122,70
2	Strafsachen	B 1-B 8 466,11	0,8	372,89
3	Verwaltung	PÜ 4, M 2000	tats.Einsatz	281,17
4	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 407,49	0,15 je 12 Monate An- wärterzeit	5,09
5	Ausbildung in Lehrgängen	--	tats. Frei- stellung	--
6	Schwerbehinderte	Anzahl: 92	x 0,10	9,20
	insgesamt			<u>1.791,05</u>

C.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multiplikator	Personalbedarf
1	Mahnsachen	geh. D. A 1 81,00	3,30	267,30
2	Zivilprozeßsachen (einschl. H-Sachen und Rechtshilfeersuchen)	Ri. A 1 + A 2 581,49 Ri. A 1 + A 2 581,49 + geh.D. A 2 - A 4 <u>215,78</u> 797,27	0,50	290,75 1.076,31
3	In Abteilung I des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	Ri. A 4 14,09 + geh. D. A 5 + A 6 <u>188,79</u> 202,88	1,20	243,46
4	In Abteilung II des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	Ri. A 5 15,66 + geh. D. A 7 <u>216,29</u> 231,95	2,30	<u>533,49</u>
Zwischensumme				2.411,31

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multiplikator	Personalbedarf
5	Familiensachen	Pü 2, M 1100	tats. Einsatz	596,01
6	Grundbuchsachen	geh. D. D 1 - D 12 540,30 geh. D. D 1 - D 12 540,30	1,40 0,70	756,42 378,21
7	Sonstige Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	Ri. C 1 - C 8 201,56 + geh. D. C 1 - C 7 <u>404,63</u> 606,19	1,40	848,67
8	Strafsachen	Ri. D 1 - D 11 938,02 Ri. D 1 - D 11 938,02	0,50 1,40	469,01 1.313,23
9	Verwaltung a) AG ohne Präsident b) AG mit Präsident	Ri. E + geh. D. G 1 291,80 Ri. E + geh. D. G 1 74,63	1,10 0,80	320,98 <u>59,70</u>
Zwischensumme				7.153,54

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multiplikator	Personalbedarf
10	Gerichtskassen, Gerichtszahlstellen	PÜ 2, M 2100	tats. Einsatz	379,96
	Vervielfältigungsstellen	PÜ 2, M 2300	tats. Einsatz	46,40
	Fernsprechstellen	PÜ 2, M 2400	tats. Einsatz	45,79
11	Sonstige nicht erfaßte Geschäfte	Ri. A 6 + C 9 43,26 + geh. D. F <u>37,21</u> 80,47	1,30	104,61
12	Ausbildung am Arbeitsplatz	- Anzahl Monate 13.296,50	0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	166,21
13	Ausbildung auf Lehrgängen		tats. Freistellung	59,36
14	Schwerbehinderte	Anzahl: 388,25	x 0,10	38,83
	insgesamt			<u>7.994,70</u>

D.

Der Personalbedarf im mittleren und Schreibdienst bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 68,0).

E.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Bezeichnung Nr. der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im staatsanwalt- lichen (StA), amts- anwaltlichen (AA) und gehobenen (geh.D.) Dienst	Multi- plikator	Personal- bedarf
1 Ermittlungs- und Buß- geldverfahren, Gnaden- sachen	StA A 1 - A 3a 614,64 + AA A 1 - A 2 <u>266,76</u>		
		881,40	1,50
			1.322,10
2 Wirtschaftsstrafsachen nach § 74 c GVG, NSG- Sachen, Strafsachen nach § 74 a GVG und Großver- fahren	StA A 5 184,27 + Zahl der tat- sächlich ein- gesetzten Wirt- schaftsfachkräfte (Wirtschafts- referenten und Buchhalter)		
		+ <u>74,00</u>	
		258,27	1,00
			258,27
3 Strafvollstreckungs- sachen	geh. D. A. 408,38	1,80	735,08
4 Verwaltung	StA B 1 + B 2 64,62 + geh. D. B <u>77,06</u>		
		141,68	0,80
			113,34

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im staatsanwalt- lichen (StA), amts- anwaltlichen (AA) und gehobenen (geh.D.) Dienst	Multi- plikator	Personal- bedarf
5	Ausbildung am Arbeits- platz	Anzahl Monate: 385,5	0,15 je 12 Mon- nate An- wärter- zeit	4,82
6	Ausbildung in Lehrgängen		tats.- Frei- stellung	--
7	Schwerbehinderte	Anzahl: 128,33	x 0,10	12,83
	insgesamt			<u>2.446,44</u>

1.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf im mittleren und Schreibdienst:

a)

bei den Gerichten

A. Oberlandesgerichten	661,04
B. Landgerichten	1.791,05
C. Amtsgerichten	<u>7.994,70</u>
	<u>10.446,79</u>

Zuschläge

6 v.H. für Ausfallzeiten	626,81
Fortbildung (1.936 AT : 220)	8,80
Freistellung für Personalvertretungen	<u>25,46</u>
	<u>661,07</u>
<u>Zwischensumme Gerichte</u>	<u>11.107,86</u>

b)

bei den Staatsanwaltschaften

D. Generalstaatsanwaltschaften	68,00
E. Staatsanwaltschaften	<u>2.446,44</u>
	<u>2.514,44</u>

Zuschläge

6 v.H. für Ausfallzeiten	150,87
Fortbildung (666 AT : 220)	3,03
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>6,12</u>
	<u>160,02</u>
<u>Zwischensumme Staatsanwaltschaften</u>	<u>2.674,46</u>
Personalbedarf im mittleren und Schreibdienst insgesamt	<u>13.782,32</u>

2.

Stellen im Haushalt 1991 10.838

Stellen im Haushaltsentwurf 1992 10.824

3.

Stellenfehlbestand nach dem
Haushalt 1991 2.944,32

Stellenfehlbestand nach dem
Haushaltsentwurf 1992 2.958,32

(Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt)

II.7

Personalbedarfsberechnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz

1.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich für die Vollziehungsbeamten der Justiz bei einer vorläufigen Bewertungszahl von 2.300 ein Bedarf von 71,25 Stellen.

2.

Stellen (Planstellen) im Haushalt 1991	75
Stellen (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1992	75

II.8

Stellen für den einfachen Justizdienst

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat ein neues, bundeseinheitliches System für die Ermittlung des Personalbedarfs im einfachen Justizdienst nicht entwickeln können. Das früher benutzte System kann nicht mehr angewendet werden, weil die benötigten statistischen Angaben nicht vorliegen und nur unter großem Personalaufwand ermittelt werden könnten.

Übergangsweise wird daher der Personalbedarf im einfachen Justizdienst nach folgendem pauschalen System ermittelt:

Oberlandesgerichte:	tatsächlicher Einsatz
Generalstaatsanwaltschaften:	Personalbedarf an Staatsanwälten (Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Landgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen Dienst (Summe der Abschnitte A bis C) geteilt durch 3,5
Staatsanwaltschaften:	Personalbedarf für den staatsanwaltlichen und den amtsanwaltlichen Dienst (jeweils Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Amtsgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen und den gehobenen Justizdienst (ohne Abschnitte: "Ausbildung") geteilt durch 3,9.

1.

Auf der Grundlage dieses Systems ergibt sich folgender Personalbedarf bei den

Oberlandesgerichten	105,00
Landgerichten	480,04
Amtsgerichten	1.152,64
Generalstaatsanwaltschaften	27,63
Staatsanwaltschaften	<u>339,09</u>
	<u>2.104,40</u>

Zuschläge

Ausfallzeiten (4 ‰)	84,18
Schwerbehinderte (179)	<u>17,90</u>
Personalbedarf insgesamt	<u>2.206,48</u>

2.

Stellen im Haushalt 1991* 1.758

Stellen im Haushaltsentwurf 1992*
(ohne kw-Stellen gemäß § 42 LPVG) 1.753

3.

Stellenfehlbestand nach dem
Haushalt 1991 448,48

Stellenfehlbestand nach dem
Haushaltsentwurf 1992 453,48

(* nur Justizwachtmeisterdienst, Aushelfer, Boten und Fahrer)

VII.

Justizvollzugseinrichtungen

(Kapitel 04 050)

Für den Bereich des Strafvollzuges gibt es weiterhin kein allgemein anwendbares Berechnungssystem, durch das die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugssparten festgelegt und bewertet werden könnten. Die diesbezüglichen Bemühungen werden fortgesetzt.

A.

Personalbedarf ohne allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat bislang eine bundeseinheitliche Methode für die Ermittlung des Personalbedarfs im Strafvollzug nicht entwickelt. Auf die Forderung der (früheren) Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW, dennoch für den Strafvollzug die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugsbereichen zu quantifizieren, sind auf Landesebene in enger Zusammenarbeit mit den Justizvollzugsämtern und unter Berücksichtigung der Zielvorgaben des Strafvollzugsgesetzes die nachfolgenden Schlüsselzahlen für die einzelnen Sparten - ohne allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst - erarbeitet worden:

1. Justizvollzugsanstalten

a)

höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst

aa)

Anstalten des Erwachsenenvollzuges

Belegungsfähigkeit bis	200 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	200 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	400 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	800 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	1000 Plätze	6 Beamte

bb)

Jugendstrafanstalten

Belegungsfähigkeit bis	150 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	150 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	300 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	450 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	750 Plätze	6 Beamte

b)

Geistliche

je 250 Gefangene

1 Geistlicher beider großen Konfessionen (ohne Außenstellen der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne)

c)

Ärzte

je 300 Gefangene

1 Arzt

d)

Psychologen

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene

1 Psychologe

Jugendlichen je 50 Gefangene

1 Psychologe

bb)

Verbüßungsanstalten

je 75 Gefangene

1 Psychologe

cc)

Jugendstrafanstalten

je 75 Gefangene

1 Psychologe

e)

Pädagogen

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene

1 Pädagoge

Jugendlichen je 30 Gefangene

1 Pädagoge

bb)

Verbüßungsanstalten

je 125 Gefangene

1 Pädagoge

cc)

Jugendstrafanstalten

je 30 Gefangene

1 Pädagoge

f)

Sozialarbeiter

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 75 Gefangene

1 Sozialarbeiter

Jugendlichen je 40 Gefangene

1 Sozialarbeiter

bb)

Verbüßungsanstalten

je 60 Gefangene

1 Sozialarbeiter

cc)

Jugendstrafanstalten

je 40 Gefangene

1 Sozialarbeiter

g)

gehobener Vollzugs- und Verwal-
tungsdienst

je 60 Gefangene

1 Beamter

h)

mittlerer Verwaltungsdienst (ohne
Schreib- und Fernsprehdienst):

je 30 Gefangene

1 Beamter o. Angestellter

2. Jugendarrestanstalten

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

je 50 Arrestanten

1 Beamter

gehobener Sozialdienst

je 50 Arrestanten

1 Sozialarbeiter

mittlerer Verwaltungsdienst

je 50 Arrestanten

1 Beamter

Diesen Schlüsselzahlen kommt nur die Bedeutung von groben Richtwerten zu. Dies gilt vornehmlich für die besonderen Fachrichtungen, da der Zeitaufwand bei der Behandlung von Inhaftierten nicht meßbar ist.

3. Justizvollzugsämter

Nach dem Ergebnis der vom Landesrechnungshof NRW veranlaßten Organisationsprüfung durch eine Kommission des Justizministeriums besteht folgender Stellenbedarf:

höherer Vollzugs- und Verwaltungs-
dienst

25 Beamte

Psychologen

2 Kräfte

Pädagogen

2 Beamte

gehobener Sozialdienst

2 Sozialarbeiter

gehobener Vollzugs- und

Verwaltungs-

dienst

25 Beamte

mittlerer Verwaltungsdienst

43 Beamte oder Angestellte

(einschließlich Schreib- und Fern-
sprehdienst)

einfacher Dienst

18 Beamte oder Angestellte

"B.

Personalbedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst

1.

Im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst hängen die Kriterien für die Berechnung des Personalbedarfs nicht nur von der Art des Vollzuges und der Aufgabenstellung der einzelnen Anstalt ab (Untersuchungshaft - Strafhaft, geschlossener Vollzug - offener Vollzug, Jugendvollzug - Erwachsenenvollzug, Männervollzug - Frauenvollzug, Sozialtherapie, Justizvollzugskrankenhaus), vielmehr sind als weitere Variablen die Organisation des Anstaltsbetriebes und die baulichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Diese maßgebenden Kriterien sind von Einrichtung zu Einrichtung derart verschieden, daß nach übereinstimmender Auffassung aller Landesjustizverwaltungen ein einheitliches Berechnungsschema ausscheidet, zumindest aber ohne verbindliche Aussagekraft bleiben müßte.

2.

Um dennoch den Bedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst aufgabengerecht ermitteln zu können, haben die für die Bewirtschaftung der Stellen zuständigen Präsidenten der Justizvollzugsämter unter Anlegung eines besonders strengen Maßstabes erneut grundlegend vor Ort geprüft, welche Dienstposten in den Justizvollzugsanstalten ihres Geschäftsbereichs zum Zeitpunkt der Überprüfung jeweils notwendig sowie mit wievielen Bediensteten und zu welchen Zeiten diese Dienstposten jeweils zu besetzen sind. Lediglich bei vier Justizvollzugsanstalten muß derzeit noch auf ältere Überprüfungsergebnisse zurückgegriffen werden. Der Personalbedarf wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der Dienststunden aus der Summe aller Dienstposten durch die Netto-Normalarbeitszeit dividiert wird, d.h. durch die durchschnittliche tatsächliche Jahresarbeitsstundenleistung der Bediensteten. Diese liegt unter Berücksichtigung der Ausfalltage (Krankheit, Erholungsurlaub, Sonderurlaub, Schichtdienstbefreiung u.ä.) z.Zt. insgesamt bei durchschnittlich ca. 1.450 Stunden.

Auf dieser Grundlage errechnet sich für die Justizvollzugsanstalten und Jugendarrestanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen folgender

	allgemeiner Vollzugsdienst	Werkdienst
Personalbedarf (= Stellenbedarf)	5.818	529
<u>Stellen-Ist</u> im Haushalt 1991 (ohne kw-Stellen gem. § 42 LPVG)	5.793	364
<u>Stellen-Soll</u> im Haushaltesentwurf 1992 (ohne kw-Stellen gem. § 42 LPVG)	5.770	387
<u>Stellenfehlbestand</u> nach dem Haushalt 1991	25	165
<u>Stellenfehlbestand</u> nach dem Haushaltsentwurf 1992	48	142

Zur Differenzierung des Bedarfs an Stellen des Werkdienstes einerseits und des allgemeinen Vollzugsdienstes andererseits ist zu bemerken, daß eine Überprüfung vor Ort, welche der herkömmlich im Werkdienst und Werkaufsichtsdienst (= allgemeiner Vollzugsdienst) angesiedelten Dienstposten wegen der in diesen Funktionen erforderlichen Qualifikation zwingend mit Angehörigen der Laufbahn des Werkdienstes zu besetzen sind, noch nicht stattgefunden hat. Die der obigen Berechnung zugrunde liegende Einschätzung gibt daher nur vorläufig und überschlägig den tatsächlichen Bedarf wieder. Bereits jetzt läßt sich jedoch die grundsätzliche Notwendigkeit feststellen, den Werkdienst zu Lasten des allgemeinen Vollzugsdienstes zu verstärken, weil sich der Aufgabenbereich der erstgenannten Laufbahn in der Vergangenheit ständig ausgeweitet hat. Neben der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit technisch anspruchsvollen Geräten, Maschinen und Anlagen, die einer Bedienung und Wartung durch qualifiziertes Personal bedürfen, sind auch die in den Anstalten vorhandenen Betriebe in der Vergangenheit zunehmend maschinell besser ausgestattet worden, wodurch gleichzeitig die Zahl der einfachen manuellen Tätigkeiten für Gefangene abgenommen hat. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die in diesen Betrieben tätigen Gefangenen fachlich besser anzuleiten und die Produktionsabläufe stärker zu überwachen. Dies kann jedoch durch die bisher in diesen Bereichen eingesetzten Werkaufsichtsbediensteten, die dem allgemeinen Vollzugsdienst angehören, nicht im erforderlichen Maße geleistet werden, weil sie nicht immer über die entsprechende Qualifikation verfügen.

C.

Das Verhältnis von Gefangenen- und Bedienstetenzahlen stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Gefangene	Bedienstete
1980	15.584	7.261
1981	15.985	7.590
1982	16.915	7.897
1983	17.308	7.785
1984	17.106	7.849
1985	16.250	7.856
1986	15.015	8.006
1987	14.174	7.942
1988	14.133	7.946
1989	14.113	7.996
1990	14.095	8.005

Durch die Einrichtung zusätzlicher Stellen in den Jahren ab 1977 hat der Haushaltsgesetzgeber den gesetzlichen Anforderungen des am 1.1.1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetzes Rechnung getragen und die Stellen bewilligt, die zur Erfüllung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben erforderlich sind. So steigerte sich die Bedienstetenzahl (ohne: Stellen für Anwärter, Stellen kw § 42 LPVG, Stellen ohne Besoldungsaufwand) von 5.639 im Jahre 1976 auf 8.005 im Jahre 1990. Bei einem Absinken der Gefangenenzahlen von 14.602 auf 14.095 im selben Zeitraum bedeutet diese Entwicklung eine Verbesserung der Relation zwischen Bediensteten- und Gefangenenzahlen von 1 : 2,59 auf 1 : 1,76.

Die vorhandenen Stellen werden weiterhin dringend benötigt.

Die Sicherheitslage hat sich im geschlossenen Vollzug in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies ist nicht zuletzt auf eine Verschlechterung der Gefangenenklientel in den geschlossenen Anstalten zurückzuführen. Durch die Erweiterung des offenen Vollzugs werden alle Gefangenen, die für diese Vollzugsart geeignet

sind, in Einrichtungen des offenen Vollzuges verlegt. In den geschlossenen Anstalten verbleiben im wesentlichen nur solche Gefangene, die weder für den offenen Vollzug noch für sonstige Vollzugslockerungen geeignet sind. Das sind in der Regel Gefangene mit hohen Freiheitsstrafen oder Gefangene, die den Problemtätergruppen (Sittlichkeitstäter, Gewalttäter, Betäubungsmittel-täter) angehören. Unter Sicherheitsgesichtspunkten ist das im geschlossenen Vollzug tätige Personal des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes trotz der vorbezeichneten Personalvermehrung gerade ausreichend.

IV.

Fachhochschule für Rechtspflege Bad Münstereifel

(Kapitel 04 060)

A.

Lehrbetrieb

1.

Den Planungen für das Studienjahr 1991/1992 liegt die Erteilung von 13.686 Unterrichtsstunden durch Richter und Beamte des höheren Dienstes sowie von 10.007 Stunden durch Beamte des gehobenen Dienstes in den Fachbereichen Rechtspflege, Konsulatssekretärdienst und Strafvollzug zugrunde. Diese Stunden verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Studienabschnitte:

a) höherer Dienst

<u>Fachbereich Rechtspflege</u>	9.653 Stunden
<u>Konsulatssekretärdienst</u>	2.112 Stunden
<u>Fachbereich Strafvollzug</u>	<u>1.921 Stunden</u>
<u>Summe</u>	<u>13.686 Stunden</u>
dividiert durch 684*) Unterrichtsstunden: zuzüglich	20,01 Kräfte
Krankheitsausfälle u. Tagungsteilnahme	0,60 Kräfte
Fachkoordination	0,33 Kräfte
Forschungsaufgaben	1,70 Kräfte
Verwaltung	1,50 Kräfte
Sonstiges	<u>0,70 Kräfte</u>
Insgesamt (gerundet)	<u>25,00 Kräfte</u>

b)

gehobener Dienst

<u>Fachbereich Rechtspflege</u>	8.849 Stunden
<u>Fachbereich Strafvollzug</u>	<u>1.158 Stunden</u>
<u>Summe</u>	<u>10.007 Stunden</u>
dividiert durch 684*) Unterrichtsstunden zuzüglich	14,63 Kräfte
Krankheitsausfälle und Tagungsteilnahme	0,66 Kräfte
Forschungsaufgaben	1,40 Kräfte
Sonstiges	<u>0,25 Kräfte</u>
Insgesamt (gerundet)	<u>17,00 Kräfte</u>

Fußnote *:

Bei der Ermittlung des Kräftebedarfs werden 38 Unterrichtswochen im Jahr mit 18 Unterrichtsstunden wöchentlich je Lehrkraft zugrundegelegt (= 684 Unterrichtsstunden pro Jahr).

2.

Die Aufteilung der für das Studienjahr 1991/1992 vorgesehenen Studienabschnitte stellt sich wie folgt dar:

Fachbereich Rechtspflege:

- Studium I (01.09.1991 - 30.06.1992) mit 11 Gruppen
- Studium III (01.05.1992 - 31.07.1992) mit 6 Gruppen
- Studium II (01.08.1992 - 31.12.1992) mit 6 Gruppen
- Studium I (01.09.1992 - 30.06.1993) mit * Gruppen.

Fachbereich Strafvollzug:

- Studium I (01.09.1991 - 30.06.1992) mit 2 Gruppen
- Studium III (01.05.1992 - 31.07.1992) mit 1 Gruppe
- Studium II (01.08.1992 - 31.12.1992) mit 1 Gruppe
- Studium I (01.09.1992 - 30.06.1993) mit * Gruppen

Fußnote *: Die Anzahl der Gruppen läßt sich derzeit noch nicht festlegen.

3.

Dementsprechend erfolgt die Erteilung des Unterrichts an der Fachhochschule für Rechtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

- für den Fachbereich Rechtspflege - einschließlich Konsulatssekretärdienst - durch 22 Dozenten (davon 15 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet) des höheren und 15 Dozenten des gehobenen Dienstes (davon 6 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet);
- für den Fachbereich Strafvollzug durch 3 Dozenten (davon 1 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet) des höheren und 2 Dozenten des gehobenen Dienstes (davon 1 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet).

B.

Das Verwaltungspersonal besteht aus

1.

dem Leiter des Verwaltungsbereichs

BesGr. A 13 (geh. D.),

2.

Mitarbeitern, nämlich

2.1 1 Mitarbeiter

BesGr. A 9 (m. D.)
mit Amtszulage

2.2 3 Mitarbeitern

BesGr. A 9 (m. D.)

2.3 1 Mitarbeiter

BesGr. A 8,

3.

dem Schreibdienst (einschließlich
Vorzimmer- und Fernsprechdienst),
und zwar

3.1 1 Kraft

VI b BAT

3.2 2 Kräfte

VII/VIII BAT,

4.

den Arbeitern, nämlich

4.1 1 Haus- und Maschinenmeister

VI b/VII BAT

4.2 3 Hausmeistern

IV/V MTL II

4.3 1 Gärtner

IV/V MTL II

sowie

5. 9 Kräften des Reinigungsdienstes

II MTL II.

V.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit
(Kapitel 04 070)

A.

Die Konferenz der Justizminister und -senatoren hat auf ihrer Sitzung vom 15./16.06.1976 die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung und den Ausschuß für Justizstatistik beauftragt, ein einheitliches Bewertungssystem für eine Personalbedarfsberechnung im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu entwickeln.

Inzwischen liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche statistische Erfassung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren vor. Das neu entwickelte System der statistischen Erfassung wird von allen Bundesländern angewendet. Danach sind zur Ermittlung des - für die Aufstellung sachgerechter und inhaltlich zutreffender Bewertungszahlen - unumgänglichen Vergleichs des Geschäftsanfalls mit dem tatsächlichen Kräfteinsatz Personalübersichten für den Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach bundeseinheitlichen Kriterien (wie sie in der ordentlichen Gerichtsbarkeit seit 1976 üblich sind) eingeführt worden. Für Nordrhein-Westfalen ist angeordnet worden, ab 1985 den tatsächlichen Kräfteinsatz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit - getrennt für die einzelnen Quartale - festzustellen.

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat in der Sitzung vom 12. - 14.01.1988 einen Unterausschuß eingesetzt. Dieser prüft, ob auf der Grundlage der bisherigen Erkenntnisse, der Zählkartenerhebung (VWG-Statistik) und der Personalübersichten (PÜ) ein für alle Länder geeignetes System der Personalbedarfsberechnung für den richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit gefunden werden kann.

Der Unterausschuß geht dabei von nachstehenden, im Entwurf einer Personalbedarfsberechnung für den richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit festgelegten Grundsätzen aus:

"Bewertungszahlen für den Personalbedarf sind Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der Geschäftszahlen aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis entwickelt worden sind. Sie dienen in erster Linie der Ermittlung des Personalbedarfs im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung und daneben der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des einzelnen Gerichts als Anhalt für die gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung. Sie sind nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen Richters zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personellen Verhältnissen) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen."

Mit diesem Entwurf von Grundsätzen sind - ebenfalls im Entwurf - folgende, im einzelnen bereits in Bandbreiten angegebene Bewertungszahlen fixiert worden:

I.

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Bewertungszahl
A. <u>Richterliche Geschäfte</u>		
1	Normenkontrollverfahren, Berufungen, Flurbereinigungsverfahren, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen, Beschwerden in Disziplinarverfahren (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	50-60
2	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften (ohne Verfahren nach Nrn.4-6)	60-80
3	Sonstige Anträge und Beschwerden	110-30
4	Großverfahren	tats. Einsatz
5	Numerus-clausus-Sachen	
	a) Berufungen	500-600
	b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften	600-800
	c) Sonstige Anträge und Beschwerden	1100-1300
6	Asylsachen	tats. Einsatz
B. <u>Verwaltung</u>		
	Verwaltungstätigkeit	tats. Einsatz
C. <u>Ausbildung</u>		
1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung
3	Stationsausbildung	0,1 je 12 Monate Referendarzeit

II.

Verwaltungsgerichte

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Bewertungszahl
-------------	------------------------------	----------------

A. Richterliche Geschäfte

1	Klagen, Personalvertretungs- sachen, Disziplinarverfahren und berufsgerichtliche Verfah- ren (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	100-140
2	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	120-160
3	Sonstige Verfahren	200-250
4	Großverfahren	tats. Einsatz
5	Numerus-clausus-Sachen a) Klagen b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO	1000-1400 2000-2500
6	Asylsachen	tats. Einsatz

B. Verwaltung

1	Für alle Angehörigen der Behörde	0,005
2	Für alle Richter der Behörde	0,01
3	Pressestelle	tats. Einsatz

C. Ausbildung

1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung
3	Stationsausbildung	0,1 je 12 Monate Referendarzeit

B.

Da für die Verwaltungsgerichtsbarkeit eine Personalbedarfsberechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben noch fehlt, wird der Personalbedarf in NRW bis auf weiteres anhand der bundesweit durchgeführten statistischen Erhebungen über die Zahl der Eingänge, der Erledigungen und der noch anhängigen Sachen errechnet. Dabei werden jährlich die jeweils auf einen Richter entfallenden Eingänge und Erledigungen für jedes einzelne Bundesland ermittelt und der Personalbedarf aufgrund der so gewonnenen vergleichenden Übersichten festgestellt. Die durchschnittliche Erledigungsziffer für das gesamte Bundesgebiet je Richter wird als Bewertungszahl für ein Jahrespensum unterstellt.

1.

Im Jahre 1989 betrug die bundesdurchschnittliche Erledigungszahl bei den Oberverwaltungsgerichten/Verwaltungsgerichtshöfen rd. 85 und bei den Verwaltungsgerichten 144 Erledigungen. Daraus errechnet sich der Personalbedarf für das Oberverwaltungsgericht und die Verwaltungsgerichte in Nordrhein-Westfalen wie folgt:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1990, <u>davon</u> (Asylsachen)	Bewertungszahl	Personalbedarf, <u>davon</u> (Asylsachen)
1	Eingänge bei dem Oberverwaltungsgericht	8.028 1) (3.015)	85	94,45 (35,47)
2	Eingänge bei den Verwaltungsgerichten	54.322 1) (19.577)	144	377,24 (135,95)
				----- 471,69 (171,42)

1) numerus-clausus-Sachen mit 1/10 in Ansatz gebracht

Zusätzlicher Bedarf an Richtern, die während der Probezeit an Kommunalverwaltungen, an das Obergericht zur Erprobung sowie an andere Stellen (z. B. Bundesverwaltungsgericht, Bundesjustizministerium) abgeordnet werden:

12,00

Personalbedarf insgesamt:

483,69

2.

Dem stehen gegenüber

Stellen im Haushalt 1991

454

Stellen im Haushaltsentwurf 1992

466.

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

Stellen im Haushalt 1991

23

Stellen im Haushaltsentwurf 1992

23.

(Stellen ohne Besoldungsaufwand sowie Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sind nicht mitgezählt)

C.

Der Stellenbedarf im gehobenen, mittleren und Kanzleidienst sowie im einfachen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit richtet sich nach dem tatsächlichen Kräfteinsatz. Eine Personalbedarfsberechnung nach festen Schlüsselzahlen muß noch entwickelt werden.

VI.

Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster

(Kapitel 04 080)

A.

Der Personalbedarf wird in gleicher Weise wie bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit ermittelt. Auf die diesbezüglichen Ausführungen (Abschn. V) wird Bezug genommen.

Auch für die Finanzgerichtsbarkeit sind die Vorarbeiten für die Entwicklung eines bundeseinheitlichen Berechnungssystems aufgenommen worden.

Nach Auffassung der Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung ist es noch nicht möglich, auch nur einen Rahmen für Merkmale zur Berechnung des Personalbedarfs in der Finanzgerichtsbarkeit zu bestimmen. Die außerordentlich unterschiedliche Zahl von Eingängen und Erledigungen je Richter, Land und Jahr läßt es geraten erscheinen, zunächst die Ergebnisse einer bundeseinheitlichen Statistik über einen längeren Zeitraum abzuwarten.

Die großen Unterschiede beruhen u.a. darauf, daß die Arbeitsweise der Finanzämter in den Ländern sehr verschieden ist (z.B. durch Einrichtung besonderer Rechtsbehelfsstellen) und daß die Finanzgerichte sehr unterschiedlich mit Beamten des gehobenen Dienstes ausgestattet sind. In den letzten Jahren hat außerdem die Zahl der Erledigungen ohne richterliche Sachentscheidung ständig zugenommen, dies aber wiederum ebenfalls nicht gleichmäßig in allen Bundesländern. Die tatsächlich von Richtern in solchen Verfahren geleistete Arbeit ist ebenfalls von der unterschiedlichen Arbeitsweise der Finanzämter mitbestimmt.

Dies erklärt, daß sich in den meisten Bundesländern die Zahl der Erledigungen je Richter in den letzten 6 bis 8 Jahren fast verdoppelt hat, die Zahl der Urteile je Richter im gleichen Zeitraum dagegen nur geringfügig gestiegen ist. Die Kommission sieht zur Zeit keine Möglichkeit, die Verfahren mit geringerem richterlichen Arbeitseinsatz nach statistischen Merkmalen zu erfassen.

Die beobachteten Unterschiede gleichen sich auch nicht aus, weil sich angesichts der verhältnismäßig niedrigen Zahl der Verfahren das statistische "Gesetz der großen Zahl" nicht auswirken kann. Deswegen bietet sich zur Zeit kein Ansatzpunkt für die Ermittlung von Durchschnittswerten.

Die Kommission hat den Ausschuß für Justizstatistik gebeten, die Klagen, die Verfahren nach § 69 Abs. 2 FGO, die Verfahren nach § 114 FGO und die sonstigen Verfahren künftig einheitlich und jeweils voneinander getrennt schon bei den Eingängen zu erfassen. Wichtig erschien der Kommission zusätzlich die besondere Erfassung der Zollsachen bei den Erledigungen.

Die neue Finanzgerichts-Statistik ist seit 1986 in allen Bundesländern (außer Bayern) eingeführt. Seit dem 01.01.1985 wird in der Mehrzahl der Bundesländer auch der tatsächliche Einsatz von Richterkräften nach bundeseinheitlich geltenden Personalübersichten erfaßt. Nach Sammlung und Auswertung der nach einheitlichen Richtlinien über einen längeren Zeitraum erhobenen Daten soll erneut geprüft werden, ob - entsprechend der Personalbedarfsberechnung für die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaften - auch für die Finanzgerichtsbarkeit bundeseinheitliche Grundsätze einer Personalbedarfsberechnung gefunden werden können.

B.

Die bundesdurchschnittliche Erledigungszahl für Klagen und in Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz betrug im Jahre 1989 rd. 120 je Richter.

1.

Unter Zugrundelegung dieser Erledigungszahl ergibt sich für die Finanzgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen folgender Personalbedarf:

Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Ge- schäfte im Geschäftsjahr 1990	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
------------------------------	---	--------------------------	--------------------------

Klagen, sonstige Rechtsbehelfe, Anträge	24.101	120	200,84
---	--------	-----	--------

2.

Stellen im Haushalt 1991	180
Stellen im Haushaltsentwurf 1992	183

Hinzu kommen die Stellen, die im Rahmen der Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland befristet eingerichtet worden sind:

Stellen im Haushalt 1991	2
Stellen im Haushaltsentwurf 1992	2.

C.

Der Stellenbedarf im gehobenen, mittleren- und Kanzleidienst so-
wie im einfachen Dienst in der Finanzgerichtsbarkeit richtet sich
nach dem tatsächlichen Kräfteinsatz. Eine Personalbedarfsbe-
rechnung nach festen Schlüsselzahlen muß noch entwickelt werden.

VII.

Reinigungsdienst

1.

Grundlage der Personalbedarfsberechnung

Der Personalbedarf im Reinigungsdienst errechnet sich nach der Anlage 5 zu den Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen (HRL-NW).

Für die Justiz hat der Finanzminister durch Schreiben vom 19.08.1980 einem 15 %-igen Zuschlag für die Aus- und Fortbildungsstätten und mit Schreiben vom 8.7.1985 einer besonderen Vorgabe für die Reinigung der Glas- und Fensterflächen (alle 2 Monate 32 qm/h) zugestimmt.

2.

Grundsatz der 2-Tage-Intervallreinigung

2.1

Durch Prüfungsmittelung vom 9. Januar 1984 hatte der Landesrechnungshof NRW die bereits früher gegebene Anregung wiederholt, aus Gründen der Sparsamkeit auch bei den Justizbehörden des Landes die Reinigung der Dienstgebäude und -räume allgemein auf ein 2-Tage-Intervall umzustellen. Zugleich wurde die Angelegenheit in den Jahresbericht 1983/84 aufgenommen und an den Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung herangetragen. Dieser hat sich in seiner Sitzung am 30.11.1984 einstimmig der Auffassung des LRH angeschlossen, daß es notwendig und vertretbar sei, auch bei der Reinigung von Dienstgebäuden der Justiz haushaltswirtschaftliche Maßstäbe anzulegen.

2.2

Das Justizministerium hat mit Runderlaß vom 14.12.1984 das 2-Tage-Intervall allgemein eingeführt. Davon wurden mit Zustimmung des LRH durch RV vom 1.11.1986 folgende Bereiche ausgenommen:

Sanitärräume,

Kantinen und Erfrischungsräume,

Unterkunftsbereiche in Vollzugseinrichtungen,

Freizeitarrest- und Vorführrzellen,

Ausbildungs- und Fortbildungsstätten

- jedoch ohne Bürobereiche -,

Ausbildungs- und Unterrichtsräume

(z.B. von Lehrkanzleien),

Papierkörbe und Aschenbecher, die täglich entleert werden müssen.

Über weitere Ausnahmen von dem Grundsatz der Zwei-Tage-Reinigung kann der Leiter der hausverwaltenden Dienststelle nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse und unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit (§ 7 LHO) befinden.

PersB Rein.-dienst JM 1992

Berechnung des Personalbedarfs im Reinigungsdienst des Justizministeriums

Stand 1.7.1991	SANITÄRBEREICH (TAGL. REIN.)	GESCHÄFTSRÄUME 1. TAGL. REIN. A. HARTBELAG	FLURE, TREPPEN 1. TAGL. REIN. A. HARTBELAG	PP. BODEN, KELLER 1. TAGL. REIN. (ALLE 2 MONATE) A. HARTBELAG	FENSTER (ALLE 2 MONATE)
SUMME	630,73	136,52	744,40	693,79	
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	
SUMME		262,53			
		2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG	2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG		
SUMME		2.819,81	2.024,89		
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG		
SUMME		889,15			
Personalbedarf	630,73 1,02	4.108,01 2,28	2.769,29 1,43	693,79 0,01	
B. Zuwachs an Rein.-fläche in 1991	kein Zuwachs				
C. Zuwachs an Rein.-fläche in 1992	kein Zuwachs				
Summe 1992	630,73	4.108,01	2.769,29	693,79	
Personalbedarf	1,02	2,28	1,43	0,01	
Personalbedarf Rein.-kräfte :		4,74			
dazu 5 % Zuschlag für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen pp:		0,24			
ergibt Gesamtbedarf :		4,98			
Stellen lt. Haushalt 1992 :		5,00			
-/-		0,02-			

HHV 1992 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf Reinigungsdienst- ord.Gerichte u. Staatsanwaltsch. Stand 1.7.1991	*Sanitär- räume Reinigung	Geschäfts- räume	Flure und Treppen		Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche) alle 2 Mon.
			1. tägl. Rein. A. Hartbel.	1. tägl. Rein. A. Hartbel.		
OLG Düsseldorf	6.123,39	10.202,59	28.550,12	56.789,70	932,05	
GSTA Düsseldorf	672,26	160,17	1.457,50	1.559,57		
OLG Hamm	13.299,19	54.486,33	61.867,79	105.322,54	13.412,62	
GSTA Hamm	195,70			779,94	285,77	
OLG Köln	1.543,73	4.677,93	5.000,03	14.925,25	2.834,74	
Zwischensumme	21.834,27	69.527,02	96.875,44	179.377,00	17.465,18	
		B. Textilb.	B. Textilb.	B. Textilb.		
OLG D		1.079,36	6.015,19	53,79		
GSTA D		630,76	733,84			
OLG H		17.194,69	5.911,36			
GSTA H						
OLG K		739,88	61,66			
Zwischensumme		19.644,69	12.722,05	53,79		
		2. 2-täg.	2. 2-täg.			
		A. Hartbel.	A. Hartbel.			
OLG D		77.530,46	37.654,28			
GSTA D		1.291,69	346,00			
OLG H		123.663,97	63.763,83			
GSTA H		1.437,56	723,96			
OLG K		18.043,41	7.899,16			
Zwischensumme		221.967,09	110.387,23			
		B. Textilb.	B. Textilb.			
OLG D		11.198,18	5.014,67			
GSTA D		7.189,01	2.870,46			
OLG H		27.086,21	6.469,31			
GSTA H		1.195,16	342,20			
OLG K		10.581,16	2.061,98			
Zwischensumme	21.834,27	57.249,72	16.758,62	179.430,79	17.465,18	
Personalbedarf	35,45	237,15	138,66	2,91	1,77	

HHV 1992 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf Reinigungsdienst- ord.Gerichte u. B. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1991	*Sanitär- räume +tägl.	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
	29,39-	464,29	1.607,38	1.453,28	
OLG DF.	248,39-	1.A.tgl.Hartl.	A.tgl.Hartl.	A.Hartbelag	
GSTA D		664,39-	105,42-	266,72-	
OLG H.	219,00	891,00	1.009,00	1.720,00	
GSTA H.					
OLG K.					
Zwischensumme		226,61	903,58	1.453,28	
OLG DF.		1.B.tgl.Tex.	1.B.tgl.Tex.	B.Textilbel.	
GSTA D					
OLG H.		281,00	94,00		
GSTA H.					
OLG K.					
Zwischensumme		281,00	94,00		
OLG DF.		2.A.2tg.Hart	2.A.2tg.Hart		
GSTA D		2.413,82-	539,20-		
OLG H.		2.025,00	1.040,00		
GSTA H.					
OLG K.					
Zwischensumme		388,82-	500,80		
OLG DF.		2.B.2tg.Tex.	2.B.2tg.Tex.		
GSTA D		92,50-			
OLG H.		438,00	109,00		
GSTA H.					
OLG K.					
Zwischensumme		345,50	109,00		
Summe 1991	21.804,88	368.852,81	238.350,72	180.884,07	17.465,18
Personalbedarf	35,40	237,58	139,70	2,93	1,77

HHV 1992 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf -Sanitär- Reinigungsdienst-räume ord.Gerichte u. -tägl. C. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1992	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
350,43	5.278,82	2.619,34	2.708,80	
OLG DF.				
GSTA D				
OLG H.				
GSTA H.				
OLG K.				
Zwischensumme	1.239,00	1.302,05	2.708,80	
OLG DF.				
GSTA D				
OLG H.	391,00	130,00		
GSTA H.				
OLG KÖLN				
Zwischensumme	391,00	103,00		
OLG DF.				
GSTA D				
OLG H.				
GSTA H.				
OLG KÖLN				
Zwischensumme	2.755,51	1.047,50		
OLG DF.				
GSTA D				
OLG H.				
GSTA H.				
OLG KÖLN				
Zwischensumme	284,31	14,79		
OLG DF.				
GSTA D				
OLG H.				
GSTA H.				
OLG KÖLN				
Zwischensumme	893,31	166,79		
Summe 1992	22.155,31	374.131,63	240.970,06	183.592,87
Personalbedarf	35,97	241,14	141,32	2,97
Summe Personalbedarf		423,17		
dazu 5 % Zuschlag f. Urlaub und Krankheitsvertretungen		21,16		
= Gesamtbedarf Rein.-dienst		444,33		
abzl. vorh. Stellen 1991		409,00		
+/-		35,33		

HH 1991 PersB. ReinDi BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst-räume Bewährungshilfe *tägl.	*Sanitär- Reinigung	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche). alle 2 Mon.
Stand 1.7.1991	Reinigung	1.tägl.Rein. A. Hartbel.	1. tgl.Rein. A. Hartbel.	alle 2 Mon. A. Hartbel.	

OLG DUSSELDORF	237,81	518,37	322,01	1.076,96	238,35
OLG HAMM	598,23	678,03	492,34	362,78	1.722,16
GSTA HAMM					
OLG KÖLN	67,60	150,65	63,01	72,61	102,89
SUMME	903,64	1.347,05	877,36	1.512,36	2.063,40
		B. Textilb.	B. Textilb.	B. Textilb.	
OLG DUSSELDORF					
OLG HAMM		429,08	266,92		
GSTA HAMM					
OLG KÖLN		162,87	26,89		
SUMME		591,95	293,81		
		2. 2-täg.	2. 2-täg.		
OLG DUSSELDORF		A. Hartbel.	A. Hartbel.		
OLG HAMM		1.256,31	568,81		
GSTA HAMM		5.025,66	1.616,36		
OLG KÖLN		142,26	56,07		
SUMME		6.424,23	2.241,24		
		B. Textilb.	B. Textilb.		
OLG DUSSELDORF		1.571,20	127,25		
OLG HAMM		2.244,58	339,52		
GSTA HAMM					
OLG KÖLN		423,38	32,89		
SUMME	903,64	4.239,16	499,66	1.512,36	2.037,78
(PERSEBEDARF)	1,47	7,29	2,01	0,02	0,21

HH 1991 PersB. ReindB. BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst- Bewährungshilfe	*Sanitär- räume -tägl.	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
Stand 1.7.1991 B. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1991	Reinigung	1. tägl. Rein.	1. tägl. Rein.	alle 2 Mon.	alle 2 Mon.
		A. Hartbel.	A. Hartbel.	A. Hartbel.	
	11,00	120,00	70,00		
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		1.A. tägl. Hartl.	1.A. tägl. Hartl.	A. Hartbelag	
	11,00	90,00	50,00		
		90,00	50,00		
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		1.B. tägl. Tex.	1.B. tägl. Tex.	B. Textilbel.	
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		2.A. 2tg. Hart	2.A. 2tg. Hart		
		54,00	35,90		
		54,00	70,90		
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		2.B. 2tg. Tex.	2.B. 2tg. Tex.		
Summe 1991 (PERSBEDARF)	914,64 1,48	4.383,16 7,42	569,66 2,08	0,02	2.037,78 0,21

HH 1992 PersB. ReinDi BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst- Bewährungshilfe	-Sanitär- räume	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
Stand 1.7.1991	Reinigung	1. tägl. Rein.	1. tägl. Rein.	alle 2 Mon.	alle 2 Mon.
C. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1992	11,00	A. Hartbel.	A. Hartbel.	A. Hartbel.	
OLG DF.		1. A. tägl. Hart	1. A. tägl. Hart	A. Hartbelag	
OLG H.	11,00	90,00	50,00		
GSTA H.					
OLG K.					
		90,00	50,00		
OLG DF.		1. B. tägl. Tex.	1. B. tägl. Tex.	B. Textilbel.	
OLG H.					
GSTA H.					
OLG KÖLN					
		2. A. 2tg. Hart	2. A. 2tg. Hart		
OLG DF.					
OLG H.		54,00	35,00		
GSTA H.					
OLG KÖLN					
		54,00	35,00		
OLG DF.		2. B. 2tg. Tex.	2. B. 2tg. Tex.		
OLG H.					
GSTA H.					
OLG KÖLN					
Summe 1992	925,64	4.527,16	669,66		2.037,78
(PersBedarf)	1,50	7,55	2,13	0,02	0,21
SUMME BEDARF REINIGUNGSDI.		11,41			
DAZU 5 % ZUSCHLAG F. URLAUB UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN		0,57			
ERGIBT GESAMTBEDARF		11,98			
VORHANDENE STELLEN		7,00			
-/-		4,98			

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM (PSBRVO) STAND 1.7.1991	PERSONALBEDARF IM SANITÄRBEREICH (TAGL. REINIGUNG)	REINIGUNGSDIENST GESCHÄFTSRÄUME 1. TAGL. REINIGUNG A. HARTBELAG	IM JUSTIZVOLLZUG FLURE, TREPPEN PP. 1. TAGL. REINIGUNG A. HARTBELAG	BÜDEN, KELLER PP. (ALLE 2 MONATE) A. HARTBELAG	FENSTER (ALLE 2 MONATE)
PJVA W.-LIPPE PJVA RHEINLAND	185,62 69,07	1.031,10 54,90	632,83	284,84	REINIGUNG DURCH FREMDKRÄFTE
SUMME	254,69	1.086,00	632,83	870,46	
		B. TEXTILBELAG 1. TAGL. REIN.	B. TEXTILBELAG 1. TAGL. REIN.	B. TEXTILBELAG	
PJVA W.-LIPPE PJVA RHEINLAND		515,48			
SUMME		515,48			
		2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG	2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG		
PJVA W.-LIPPE PJVA RHEINLAND		1.031,10 842,97	632,83 505,60		
SUMME		1.874,07	1.138,43		
		2. 2-TAG. REIN. B. TEXTILBELAG	2. 2-TAG. REIN. B. TEXTILBELAG		
PJVA W.-LIPPE PJVA RHEINLAND		515,48 272,91	66,80		
SUMME	254,69	788,39	66,80		
(PERSBEDARF)	0,41	2,98	1,00	0,01	
B. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1991					
SUMME 1991 (PERSBEDARF)	254,69 0,41	2,98	1,00	0,01	
C. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1992					
		1. A. TAGL. HARTB.		A. (HARTBEL.)	
SUMME 1992 (PERSBEDARF)	254,69 0,41	2,98	1,00	0,01	
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRÄFTE:		4,40			
DAZU 5 % ZUSCHLAG FÜR URLAUBS-		0,22			
UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN :		4,62			
ERGIBT GESAMTBEDARF:		4,00			
VORHANDENE STELLEN:		0,62			

HHV 1992 PersBed.ReinDi.04060

Personalbedarf Reinigungsdienst- Aus-u.Fortbild- stätten Stand 1.7.1991	-Sanitär- räume -Reinigung täglich	Geschäfts- räume 1.tägl.Rein. A. Hartbel.	Flure und Treppen 1. tgl.Rein. A. Hartbel.	Böden und Keller alle 2 Mon. A. Hartbel.	Fenster (2xScheiben- fläche) alle 2 Mon.
FHS Rechtspflege	500,02	2.515,50	3.984,80	4.141,38	1.133,28
JAFS Monschau	603,95	252,21	483,50	2.052,00	1.108,00
JAS Brakel	520,00	710,00	1.556,00	571,00	1.454,00
FortbAk.Reckl.	481,00	1.064,16	1.451,57	630,00	2.650,00
JV Sch. Wuppertal	1.242,25	6.071,81	5.106,77	1.001,92	5.292,94
SUMME		10.613,68	12.582,64	8.396,30	11.638,22
		B. Textilb.	B. Textilb.	B. Textilb.	
FHS Rechtspflege		644,57			
JAFS Monschau		849,54	429,26		
JAS Brakel		3.153,00			
FortbAk.Reckling.		2.893,16			
JV Sch. Wuppertal		1.468,07			
SUMME		9.008,34	429,26		
		2. 2-täg.	2. 2-täg.		
		A. Hartbel.	A. Hartbel.		
FHS Rechtspflege		316,12			
JAFS Monschau		136,95			
JAS Brakel			22,00		
FortbAk.Reckl.		29,31			
JV Sch. Wuppertal					
SUMME		482,38	22,00		
		B. Textilb.	B. Textilb.		
FHS Rechtspflege		100,10			
JAFS Monschau		105,81			
JAS Brakel		134,00			
FortbAk. Reckl.		70,84			
JV Sch. Wuppertal					
SUMME	3.347,22	410,75		8.396,30	11.638,22
(PERSBEDARF)		19,73	10,53	0,14	1,18

HHV 1992 PersBed.ReinDi.04060

Personalbedarf	-Sanitär- Reinigungsdienst- räume	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
----------------	---	---------------------	----------------------	---------------------	------------------------------------

Aus-u.Fortbild.
B. Zuwachs an
Reinigungs-
fläche 1991

FHS Rechtspflege
JAFS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

1.A.tgl.Hart1.A tgl.HartA.Hartbelag

FHS Rechtspflege
JAFS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

1.B.tgl.Tex.1.B tgl.Tex.B.Textilbel.

FHS Rechtspflege
JAFS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

2.A 2tg.Hart2.A 2tg.Hart

FHS Rechtspflege
JAFS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

2.B 2tg.Tex.2.B 2tg:Tex.

Summe 1991
(PERSBEDARF)

3.347,22
5,43

410,75
19,73

10,53

0,14

11.638,22
1,18

HHV 1992 PersBed.ReinDl.04060

Personalbedarf Reinigungsdienst-räume Aus-u.Fortbild. C. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1992	-Sanitär- räume	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
	247,00	1.075,00			200,00
FHS Rechtspflege JAFS Monschau JAS Brakel FortbAk.Reckling JVSch. Wuppertal	247,00	1.A.tgl.Hartl.A	tgl.HartA.Hartbelag 596,00		200,00
FHS Rechtspflege JAFS Monschau JAS Brakel FortbAk.Reckling JVSch. Wuppertal		1.B.tgl.Tex.1.B	tgl.Tex.B.Textilbel. 1.075,00	596,00	
FHS Rechtspflege JAFS Monschau JAS Brakel FortbAk.Reckling JVSch. Wuppertal		2.A.2tg.Hart2.A	2tg.Hart		
FHS Rechtspflege JAFS Monschau JAS Brakel FortbAk.Reckling JVSch. Wuppertal		2.B.2tg.Tex.2.B	2tg.Tex.		
Summe 1992 (PERSBEDARF)	3.347,22 5,43	21.590,15 20,66	13.033,90 11,01	8.396,30 0,14	11.838,22 1,20
Summe Bedarf Reinig.-dienst - 15 % Zuschlag Ausbildung - 5 % Zuschlag f.Urlaubs- und Krankheitsvertretung somit Gesamtbedarf		38,44 8,17 2,04 48,65	dazu Wasche.Bügeln.pp.: einschl.Wasche pp.		2,40
vorhandene Stellen		27,00			
-/-	Bedarf:	21,65			

PersB REINIGUNGSDIENST 04 070

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM (PSBRVG) STAND 1.7.1991	SANITÄRSBEREICH (TAGL. REINIGUNG)	REINIGUNGSDIENST GESCHAFTSRÄUME 1. TAGL. REINIG. A. HARTBELAG	-VERWALTUNGS- FLURE, TREPPEN PP 1. TAGL. REINIG. A. HARTBELAG	GERICHTSBARKEIT- BODEN, KELLER PP. (ALLE 2 MONATE) A. HARTBELAG	FENSTER (ALLE 2 MONATE)
OVG UND ALLE VG	892,93	1.761,66	2.130,52	4.176,54	6.300,00
SUMME	892,93	1.761,66	2.130,52	4.176,54	6.300,00
OVG UND ALLE VG		798,20	42,67		
SUMME		798,20	42,67		
OVG UND ALLE VG		3.226,49	2.555,72		
SUMME		3.226,49	2.555,72		
OVG UND ALLE VG		5.954,85	1.783,00	5.441,87	6.300,00
SUMME	892,93	5.954,85	1.783,00	5.441,87	6.300,00
(PERSBEDARF)	1,45	6,92	3,44	0,07	0,64
B. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1991					
SUMME 1991 (PERSBEDARF)	892,93 1,45	5.954,85 6,92	1.783,00 3,44	5.441,87 0,07	6.300,00 0,64
C. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1992					
SUMME 1992 (PERSBEDARF)	892,93 1,45	5.954,85 6,92	1.783,00 3,44	5.441,87 0,07	6.300,00 0,64
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRÄFTE: DAZU 5 % ZUSCHLAG FÜR URLAUBS- UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN ERGIBT GESAMTBEDARF		12,52 0,63 13,15			
VORHANDENE STELLEN		13,00			
--		0,15			